Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1925

21.3.1925 (No. 68)

Visual Library

№ 68 Samstag den 21. März 1925 168. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. -- Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Konsulatsdienst

An Stelle des von seinem Posten abberufenen Generalkonsuls Robert **Chaidron** ist Konsul **Adriaenssens** zum Verweser des Königl. **Belgischen** Generalkonsulats in Frankfurt bestellt worden. Nachdem dem Genannten das Exequatur des Reichs erteilt worden ist, wird er hiermit zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.

Die konsularische Vertretung der **rumänischen** Interessen in Baden ist dem Rumänischen Generalkonsulat in München übertragen worden. Der Königl. Rumänische Generalkonsul in München Augustin **Backmund** wird hiermit zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.

Zur Reichspräsidentenwahl

Der Stimmzettel

Die auf Grund von **Wahlvorschlägen** für den ersten Wahlgang der **Reichspräsidentenwahl** zugelassenen Anwärter, deren Namen auf dem amtlichen Stimmzettel vorgedruckt sind, sind folgende:

1. Otto **Braun**, preußischer Ministerpräsident a. D., Berlin;
2. Heinrich **Held**, bayrischer Ministerpräsident, München;
3. Willy **Hellpach**, badischer Staatspräsident, Karlsruhe;
4. Karl **Jarres**, Reichsminister a. D. und Oberbürgermeister, Duisburg;
5. Erich **Ludendorff**, General der Infanterie a. D., München;
6. Wilhelm **Marx**, Reichskanzler a. D., Berlin;
7. Ernst **Thälmann**, Transportarbeiter, Mitglied des Reichstags, Berlin.

*

Die **Aufwertungs- und Aufbaupartei** hatte noch einen 8. **Präsidentschaftskandidaten** nominiert, den Senatspräsidenten beim Reichsgericht Dr. **Lohe**. Dr. **Lohe** hat aber den im Wahlgesetz festgelegten Bedingungen **nicht entsprochen**, so daß der Reichswahlleiter den **Vorschlag** mangels genügender Unterstützung **streichen** mußte.

Der **bayerische Bauernbund**, der zunächst erklärt hatte, daß für ihn weder Held noch Jarres in Frage kommen könne, hat nun doch seinen Anhängern die **Wahl Helds** im ersten Wahlgang empfohlen. Für den zweiten Wahlgang hat der Bauernbund sich die Entscheidung vorbehalten.

Nach einer weiteren Mitteilung des Reichsblocks der Rechten soll Dr. **Jarres** auch als Sammelkandidat der Rechtsparteien in einem etwaigen **zweiten Wahlgang** aufgestellt werden.

Das Programm der Sozialdemokratie

Der Präsidentschaftskandidat der Sozialdemokratischen Partei, der bisherige preußische Ministerpräsident **Otto Braun**, wendet sich in einer Kundgebung an die **deutschen Wählerinnen und Wähler**, worin er als sein Programm die Fortsetzung des Werkes des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert bezeichnet. Er betont, daß der Sieg nicht denen gehören dürfe, die gestern noch im Kampfe gegen die Republik standen, und die heute noch nur widerwillig, nur mit halbem Herzen sich zu ihr bekennen. Nicht Rückwärtsrevidierung der Verfassung zur alten Bundesstaaterei, sondern **Entwicklung zur Einheitsrepublik** sei das Ziel. Die Reinheit des öffentlichen Lebens, an der es unter der anderen Staatsform leider viel gefehlt habe, könne nur wieder hergestellt werden durch die Befestigung der politischen und wirtschaftl. Verhältnisse und durch jene öffentl. Kontrolle, die das System der Demokratie gewährleiste. Sie werde nicht erreicht durch Verleumdungsfeldzüge die einige großkapitalistische Konzerne finanzieren, um ihre Alleinherrschaft aufzurichten. Auch **nach außen** bedürfe unser Volk, wie der verstorbene Reichspräsident klar erkannt habe, zu einem Wiederaufstieg des **Friedens**.

Hellpach zur großdeutschen Frage

In seiner Mannheimer Rede hat am Donnerstag Staatspräsident Prof. Dr. Hellpach zur **großdeutschen Frage** betont, daß Romantik gänzlich auszuscheiden habe, daß sie eine eminent praktische, eine Lebensfrage sei. **Österreich** habe nur die Wahl, sich an das Deutsche Reich oder an einen Staatenbund anzuschließen, wie ihn **Benesch** dieser Tage in Vorschlag gebracht habe. Dieser Vorschlag bedeute aber nichts anderes, als ein Wiederaufleben aller politischen Schwierigkeiten und Gefahren, die mit dem alten Österreich verbunden waren und auch den Weltkrieg herbeigeführt hätten.

*

Wie die „Germania" mitteilt, wird **Marx** in dem Wahlkampf um die Reichspräsidentschaft nur in **Köln** sprechen und zwar wahrscheinlich am Dienstag oder Mittwoch nächster Woche.

Teilweise Veröffentlichung des Kontrollberichts. Wie der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris" meldet, soll bei der französischen und der englischen Regierung Übereinstimmung darüber bestehen, daß der Kontrollbericht über die Entwaffnung Deutschlands **zum Teil** veröffentlicht werden soll.

* Zur außenpolitischen Lage

Wenn alle die Mitteilungen, die in den letzten Tagen über die Weiterentwicklung der sogenannten **Sicherheitsfrage** eingingen, richtig wären, dann könnte man mit Fug und Recht sagen, daß wir einer **Lösung** des ganzen Problems um einen erheblichen Schritt **nähergekommen** sind. Die Mehrzahl dieser Mitteilungen ist ja allerdings amtlich verbürgt, so daß höchstens über ihre politische Bedeutung gestritten werden könnte.

Zunächst liegt eine feierliche Erklärung des **britischen Ministerpräsidenten** vor, nach welcher die Frage der Räumung der **Kölner Zone** nach wie vor unbedingt von der Sicherheitsfrage zu trennen ist. England beharrt hier also bei seiner wohlerwogenen und durch das Recht sanktionierten Auffassung.

Ferner hat der polnische Außenminister offiziell betont, daß **Polen** dem neulich erwähnten Plan Beneschs (Zusamenfassung sämtlicher Randstaaten des Ostens) ablehnend gegenübersteht, ja sich mit dem Gedanken eines **Garantiepaktes** der Westmächte **unter Einschluß Deutschlands** abzufinden geneigt sei, falls Deutschland dem Völkerbund beitritt.

Und schließlich darf der Abschluß der **deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen** gleichfalls als ein Moment gewertet werden, das auch die Einigung auf dem Gebiet der Sicherheitsfrage wesentlich erleichtert, zumal, wie es heißt, Belgien mit der größten Sachlichkeit verhandelt habe, und so der Vertrag auf dem Gedanken der gegenseitigen Gleichberechtigung und Meistbegünstigung aufgebaut werden konnte.

Alle diese Meldungen sind authentisch. Die nächste, politisch gewichtigste Mitteilung dagegen wird von der T. U. veröffentlicht, mit einer Einleitung, die recht allgemein gehalten ist und einen offiziellen Charakter des Gesagten kaum erkennen läßt. Nach dieser T. U.-Meldung soll **Frankreich bereit sein**, unter Verzicht auf das Genfer Protokoll einem **Garantiepakt der Westmächte mit Einschluß Deutschlands und Italiens beizutreten**; unter der Voraussetzung, daß Deutschland bedingungslos in den Völkerbund eintritt, und die Räumung des Rheinlandes von einer befriedigenden Entwaffnungskontrolle und einer Entmilitarisierung der Rheinlandzone abhängig bleibt. **Polen** wird auf einen **späteren Zeitpunkt vertröstet**. „Frankreich und seine Alliierten im Osten behalten sich das Recht vor, das Abkommen im Westen durch ähnliche Schutzverträge in anderen Teilen Europas zu ersetzen". Die Frage der allgemeinen **Abrüstung** müsse jedoch solange offen bleiben, bis die Verhandlungen über die neuen Sonderverträge zu Ende geführt sind.

Würden diese T.U.-Meldung die neueste Phase der französischen Politik wirklich zutreffend umschreiben, so würde das nichts anderes bedeuten, als daß sich **Herriot** in seinen Besprechungen mit Chamberlain **den Anschauungen des Londoner Kabinetts in sehr wichtigen Punkten anbequemt hat.** Die Frage der Ostgrenzen würde offen bleiben, und so die **Möglichkeit einer Revision** des Friedensvertrags in dieser Hinsicht gewahrt bleiben. Andererseits könnte der Garantiepakt im Westen mit Einschluß Deutschlands ohne weiteres abgeschlossen werden. Es würde sich dann nur noch um die Modalitäten dieses Anschlusses handeln.

Selbstverständlich wäre dann auch der Zeitpunkt gekommen, wo die **Kölner Zone** geräumt wird. Man darf nicht außer acht lassen, daß die Alliierten auch heute noch zögern, die Denkschrift der Kontrollkommission, die die angeblichen Verfehlungen Deutschlands enthält, zu veröffentlichen. Der Grund hierfür ist nicht schwer zu finden: die britische Regierung hat eingesehen, daß die **Beschwerdepunkte**, die gegen Deutschland in der Entwaffnungsfrage vorgebracht werden, **so geringfügiger Natur sind, daß sie die Welt doch nicht überzeugen werden.** Ist dem aber so, dann ist es allerdings besser, auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen mit Deutschland die ganze Angelegenheit zu bereinigen, etwa in der Weise, daß Deutschland feste Zusicherungen hinsichtlich der Abstellung von Beschwerdepunkten macht, die Alliierten aber die Räumung der Kölner Zone und damit auch die Räumung des **Ruhrreviers** für einen ganz bestimmten, nahegelegenen Termin bindend in Aussicht stellen.

Wenn man die von der T.U. verbreitete Mitteilung in ihren Schlußsätzen liest, möchte man fast glauben, daß es die **Idee der Abrüstungskonferenz** gewesen ist, die Frankreich einen solchen Schreck eingejagt hat, daß es in der Frage des Fünfmächtepakts mildere Saiten aufzuziehen für gut befand. Denn es heißt dort ausdrücklich, daß Frankreich erst einmal alle Sonderverträge unter Dach und Fach bringen möchte, **bevor die Abrüstungskonferenz** stattfindet. Immer wieder muß festgestellt werden, daß es einzig und allein an Frankreichs gutem Willen liegen wird, ob diese Verträge abgeschlossen werden können oder nicht. (Bis jetzt ist die Meldung der T.U. noch von keiner Seite offiziell bestätigt worden, wir wissen also nicht, ob sie wahr ist.)

Von Frankreichs gutem Willen wird aber auch die Entwicklung einer anderen Frage abhängen, die je länger je mehr sich zu einer **unmittelbaren Bedrohung des europäischen Friedens** auswächst; und zwar ist das die **Danziger Frage.** Es braucht nicht jede Meldung über angebliche polnische Rüstungen und angebliche Konzentrierung polnischer Truppen vor Danzigs Toren richtig zu sein. Daran aber ist nicht zu zweifeln, daß Polen ganz bestimmt **Danzig annektieren** will und durch seine ganze Politik die Danziger Frage immer mehr und mehr zu verwirren versucht. Dem polnischen Temperament — wir wollen uns einmal recht milde ausdrücken — kann man schon allerlei zutrauen.

Eines ist aber ganz klar, nämlich, daß **Deutschland einem Handstreich auf Danzig nicht tatenlos zusehen kann.** Es wäre der Gipfelpunkt der Vergewaltigung, wenn jetzt eine Politik inauguriert werden dürfte, die das Unrecht des Friedensvertrags bei der Grenzführung im Osten womöglich noch übertrumpft. Jedenfalls wird es für Deutschland keine Möglichkeit geben, sich derverträge einzulassen und opferwillig an des Sicherheitsproblems mitzuarbeiten, wenn eine solche Extratour der Ruchlosigkeit fenkundigen Friedensbruchs gestattete. der Dinge glauben wir übrigens nicht Italien einem polnischen Friede werden.

Die unlösbare preuß

Die Frage der Regierungsbi vertagt worden. Die nächste ist auf den 31. März, also tenwahl, angesetzt. Bis da lungen unter den Parteie

Die Freitagsitzung des fang an im Zeichen scharf nationaler Seite wurden sterium erhoben, welches genieße und daher keine dürfe, weil dadurch die Verf Hause erschienene Ministerp nach Art. 59 der Verfassung die laufenden Geschäfte zu tragen habe, daß der preuß keinen Schaden litten. De ler erwiderte darauf, die sei verschwommen, und be Anwesenheit des Ministerp verlassen hatte. Der Ant Rechtsparteien und der Ko Entscheidung über einen so tagung dieser Besprechung stattfinden. Da nur 185 Sti Haus **beschlußunfähig**. In eine Sitzung trat Abg. **Winckler** für Antrages über die Befugnisse des Der Antrag scheiterte jedoch, da Widerspruch Bei der Debatte über die Vorgänge in Halle wur **munistische Antrag** auf Auflösung des Landtages u wahlen am 26. April **abgelehnt**. Bei Abwicklung der ordnung stellte sich schließlich die **Beschlußunfähigkeit** des Hauses heraus, so daß Präsident Bartels die Sitzung schließen mußte.

Die Deutschnationalen haben einen Antrag eingebracht, der besagt, der Landtag wolle beschließen, sich mit sofortiger Wirkung **aufzulösen** und die Neuwahlen auf den 26. April festzusetzen. Die deutsche Volkspartei wünscht jedoch die Auflösung nicht, und solange nicht die bisherigen Regierungsparteien selbst für die Auflösung stimmen, hat der deutschnationale Antrag keine Aussicht auf Annahme. Ein deutschnationaler Redner hat auch angekündigt, daß seine Fraktion nach Artikel 87 der Verfassung den Staatsgerichtshof anrufen werde zur Entscheidung darüber, ob das geschäftsführende Kabinett zu Amtshandlungen derart befugt sei, wie sie bis jetzt vorgenommen worden sind. Ob dafür eine Mehrheit aufzubringen ist, ist gleichfalls fraglich.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 16. März errechnete Großhandels-Indexziffer ist gegenüber dem 11. März um 2,3 Proz. auf 133,2 zurückgegangen.

Mit der Beilage: 23. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutscher Reichstag

Eine Aufwertungsdebatte

WTB. Berlin, 20. März.

Am Regierungstisch Reichsinnenminister **Dr. Schiele.** Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 2,20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst

die dritte Lesung des Notetats.

Abg. **Dittmann** (Soz.) gibt eine Erklärung ab, in der es heißt: Die **sozialdemokratische Fraktion** ist nicht in der Lage, dem vorläufigen Haushaltsentwurf für 1925 ihre Zustimmung zu geben. Der Notetat nimmt die Sätze eines Haushaltsentwurfes voraus, der in Einnahmen und Ausgaben den berechtigten Wünschen des werktätigen Volkes nicht entspricht. Unwiderlegt sind unsere Beschwerden über die Hergabe von 715 Millionen Mark an die **Ruhrindustriellen,** während die Ansprüche der Sparer und Gläubiger auf Aufwertung, die Forderungen der Auslandsdeutschen, der Ruhropfer, der Rentenbeziehung und Gehaltsempfänger zum großen Teil wieder ungehört geblieben sind.

Abg. v. **Gräfe** (Deutsch-Völk.) bedauert, daß keine außenpolitische Debatte stattgefunden habe. Er stimme nur mit großen Bedenken dem Notetat zu.

Abg. **Koch-Weser** (Dem.) erkennt die Notwendigkeiten des Notetats an und stimmt ihm zu. Das Mißtrauensvotum der Kommunisten lehne er ab, da die Demokraten sich ihre politische Haltung nicht von den Kommunisten vorschreiben ließen. (Lachen bei den Kommunisten.)

Der Notetat wird darauf in dritter Lesung endgültig gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten **angenommen.** Das **kommunistische Mißtrauensvotum** wird in einfacher Abstimmung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten **abgelehnt.** Die Entschließung über die Währung der Interessen der Reichsregierung bei der Umstellung der **Deutschen Werke** wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über

die Verlängerung der Fristen der dritten Steuernotverordnung

in Bezug auf die **Aufwertung,** die am 31. März d. J. ablaufen sollten, bis zum 30. Juni d. Js.

Abg. Dr. **Schetter** (Zentr.) berichtet über die Verhandlungen des Aufwertungsausschusses. Die Fristenverlängerung sei notwendig geworden, weil das neue Aufwertungsgesetz **nicht vor dem 1. April** erledigt werden könne.

Reichsjustizminister Dr. **Frenken** gibt dann namens der Reichsregierung folgende **Erklärung** ab: Das Reichskabinett hat hinsichtlich des Aufwertungsgesetzes inzwischen **entscheidende Beschlüsse** gefaßt. Der Gesetzentwurf wird **noch vor der Reichspräsidentenwahl** im Laufe der nächsten Woche den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden. Die Reichsregierung wird von sich aus in allernächster Zeit eine eingehende Darlegung der wichtigen und grundlegenden Bestimmungen des Entwurfs der Öffentlichkeit unterbreiten.

Staatssekretär **Joel** erhebt Bedenken gegen den vom Ausschuß eingefügten Artikel, der zur Kreditsperre führen würde. Auch das Reichsbankdirektorium habe dagegen allerschwerste Bedenken erhoben. Das Geschäft der Hypothekenbanken und sonstiger Realkreditgeber würde völlig unterbunden werden.

Abg. **Koch-Weser** (Dem.) legt eine **Entschließung** vor, wonach der Reichstag **bedauert,** daß die Reichsregierung ihr Versprechen, den Gesetzentwurf über die Aufwertung bis Anfang März vorzulegen, bis heute noch nicht erfüllt habe.

[illegible] **Keil** (Soz.) ist der Ansicht, daß die Absichten der Re[illegible]nscheinend weit zurückbleiben werden hinter den [illegible]nalen Wahlversprechungen. Die Regierung habe [illegible] Entrüstung der Sparer und Gläubiger. Hin[illegible]en Entwurf stehen nur 16 Abgeordnete der [illegible] Fraktion.

[illegible]m.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie [illegible] Deutschnationalen ein Wettrennen in [illegible]

[illegible]bedauert, daß die Regierung heute [illegible]vertungsvorlage gesagt habe. Das [illegible] bereits mit dieser Angelegenheit [illegible]ulanten). Der Redner kritisiert [illegible]s Reichsbankdirektoriums, das [illegible]tschaftsinteressen im Auge zu [illegible] es für kennzeichnend, daß die Sozialdemokratie sich plötzlich für die Aufwertung erklärt habe.

Abg. **Koch-Weser** (Dem.) bewundert die schlangenmenschartige Fähigkeit, mit der Abg. Hergt versuche, sich aus den Schlingen zu befreien, in die seine Partei durch ihre verantwortungslosen, unsachlichen und zügellosen Wahlversprechungen gelangt sei. Die Verantwortung für die Unruhe im Volk trage einesteils die Regierung die ihr Versprechen nicht gehalten habe und ebenso die Partei mit ihren Wahlversprechungen.

Abg. **Wunderlich** (Dt.N.P.) hält es für durchaus notwendig, daß für die kleinen Sparer etwas geschehe. Die taktischen Manöver zwischen rechts und links würden allmählich langweilig. Notwendig sei ruhige und sachliche Arbeit.

Die Abgg. Dr. **Zörissen** (Wirtsch.Vereinig.) und **Seiffert** (Völk.) fordern rasche Entscheidung in der Aufwertungsfrage.

Abg. Dr. **Best** hält es für notwendig, der Eintragung aufzuwertender Hypotheken auf zweifelhafter Grundlage vorzubeugen. Der Redner schließt mit der Erklärung, er werde immer seine Stimme für eine gerechte Aufwertung erheben.

Der **Artikel 3** wird an den Aufwertungsausschuß **zurückverwiesen,** der **Gesetzentwurf Dr. Haupt** in zweiter und dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen. Die **demokratische Entschließung wird abgelehnt.**

Es folgt dann die Beratung der Sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf

Sicherung der Wahlfreiheit.

Abg. **Koenen** (Komm.) beschreibt die Vorfälle bei der kommunistischen Versammlung in Halle und die Verhaftung von Kommunisten in Stuttgart.

Der Polizeiangriff sei beabsichtigt und vorbereitet gewesen. (Widerspruch).

Abg. **Crispien** nimmt Severing gegen die kommunistischen Angriffe in Schutz. Der Redner hält eine große Anklagerede gegen die Kommunisten, die im Blute waten und die Arbeiter ins Zuchthaus bringen.

Reichsinnenminister Dr. **Schiele** stellt fest, daß nach der Verfassung die Wahlfreiheit gewährleistet ist. Es liege kein unmittelbarer Anlaß dazu vor, die Landesregierungen noch einmal besonders darauf hinzuweisen. Dazu komme, daß der Reichstag erst vor acht Tagen einen Antrag angenommen habe, der jede Beschränkung der Wahlfreiheat untersagt. Die freie Meinungsäußerung ist in keiner Weise gefährdet. Dieses Recht gilt aber freilich nur für **die Deutschen,** nicht aber auch für Ausländer. Der Reichsminister schließt sich in dieser Auffassung durchaus den Erklärungen des preuß. Innenministers Severing an. Die Vorfälle in Halle sind noch nicht völlig aufgeklärt. Die Untersuchung wird von der preuß. Regierung betrieben. Schließlich würden derartige bedauerlichen Vorkommnisse von selbst aufhören. Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Hierauf vertagt sich das Haus auf Samstag 11 Uhr.

Politische Neuigkeiten

Stegerwald, Lönartz und v. Pape

Die **Reichstagsfraktion** des Zentrums hat einmütig eine **Entschließung angenommen,** in der sie gegen die in einzelnen Zentrumszeitungen veröffentlichten persönlichen **Verunglimpfungen** des Reichstagsabgeordneten **Stegerwald,** die im Zusammenhang mit der Benennung als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl erschienen sind, Stellung nimmt. Die Fraktion weist einmütig diese völlig unbegründeten Angriffe zurück, erkennt die wertvolle und fruchtbare Arbeit Stegerwalds im Dienste der Partei voll an und versichert ihn nach wie vor ihres **Vertrauens.**

Die Landtagsabgeordneten von Papen und Lönartz erklären laut „Germania", daß ihre Abstimmungsenthaltung am 20. Februar 1925 in keiner Weise gegen die verehrungswürdige Persönlichkeit des Reichskanzlers a. D. Marx und gegen das von ihm verfolgte Ziel der großen Volksgemeinschaft gerichtet gewesen sei. Sie erkennen an, daß die Wirksamkeit der Zentrumsfraktion wesentlich bedingt sei durch die Geschlossenheit ihres Handelns. Sie erklären sich bereit, dem in Zukunft Rechnung zu tragen. Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages hat auf Grund dieser Erklärung einstimmig beschlossen, die **Angelegenheit** als erledigt zu betrachten.

Der Ausbau des Rheins zwischen Straßburg und Basel

Aus **Straßburg** wird berichtet: Die **Unterkommission** die mit der Prüfung der Pläne für die **Rheinregulierung** zwischen **Basel und Straßburg** beauftragt war, beendete am Freitag ihre Arbeiten. Sie hat das schweizerische Projekt der Regulierung und das französische im einzelnen geprüft. Im Verlaufe der Verhandlungen hörte sie auch die Vertreter der Rheinschiffahrt. Der Bericht, der die verschiedenen technischen und wirtschaftlichen Seiten der beiden Vorschläge entwickelt, wird als **Grundlage** für die Beratungen der **Kontrollkommission** für die Rheinschiffahrt dienen, die im **nächsten Monat** zu einer Sitzung zusammentritt.

Ein Vertrauensvotum für das Kabinet Herriot

Die **französische Kammer** hat am Freitag in den späten Abendstunden mit 325 gegen 251 Stimmen nach Schluß der Interpellationsdebatte eine **Tagesordnung des Kartells der Linken angenommen.** Es wird darin erklärt, daß die Kammer entschlossen ist, das Regime der **Trennung von Kirche und Staat aufrecht zu erhalten.** Die Tagesordnung mißbilligt jeden Appell an die Gewalt und spricht der Regierung das **Vertrauen** aus, daß sie ohne Schwäche die loyale und entschiedene Anwendung der Laiengesetzgebung sichergestellt habe.

*

Am Freitag kam es noch zu **wüsten Tumultszenen** in der französischen Kammer während der Rede **Herriots,** der sich scharf gegen die Kundgebungen der Kardinäle und Erzbischöfe wandte. Zeitweise kam es sogar zu einem **Handgemenge,** an dem 40 bis 50 Abgeordnete beteiligt waren. Die Sitzung mußte mehrmals unterbrochen werden, da in dem allgemeinen Tumult die Redner nicht zu verstehen waren. Während des Handgemenges warfen sich die Abgeordneten der Linken und der Rechten Abstimmungsurnen an den Kopf. Der elsässische Abgeordnete **Schuhmacher** forderte **Herriot** auf, zu erklären, was er mit den in seiner Rede gebrauchten Worten „Christentum der Bankiers" haben sagen wollen. Sie seien eine Beleidigung für den größten Teil des französischen Volkes. Herriot erwidert, er habe damit sagen wollen, daß die Kardinäle sich in ihrem Manifest an alle Berufsklassen, u. a. auch an die führenden Männer der Bankwelt wandten. Er könne es nicht dulden, daß der Katholizismus die Finanz anrufe. Er habe nichts gesagt, was die Katholiken verletzen könne. Herriot sprach u. a. auch von dem Laienschutz, dessen Verteidigung ihm obliege. Die Ausführungen Herriots wurden auf der Linken mit großem Beifall aufgenommen.

Das Urteil im Weimarer Ebertprozeß. In dem Weimarer Meineidsprozeß gegen 4 ehemalige Mitglieder des zur Zeit der Tagung der Nationalversammlung aufgestellten Aufgebots der Weimarer Sicherheitswehr, **beantragt der Staatsanwalt** gegen zwei der Angeklagten Freisprechung und gegen die beiden anderen je 6 Monate Gefängnis wegen fahrlässigen Falscheides. Das **Urteil** lautet auf **Freisprechung sämtlicher Angeklagten.** In der Urteilsbegründung, in der die **untadelhafte Haltung Eberts** hervorgehoben wird, wird ausgeführt, daß nach eingehender Prüfung der Sachlage sich nichts ergeben habe, daß der erforderliche Nachweis des fahrlässigen Falscheids vorliege, erbracht sei.

Kurze Nachrichten

Das neue Ermächtigungsgesetz. Dem Reichstag ist das von der Reichsregierung angekündigte Ermächtigungsgesetz zugegangen. Es bringt eine Ergänzung der Reichsverfassung, indem es einen **Artikel 77 a** einschaltet, wonach die Reichsregierung Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen kann. Diese Verordnungen sind alsbald dem Reichstage vorzulegen. Auf sein Verlangen sind sie außer Kraft zu setzen.

Neue Verhandlungen über die 26proz. Abgabe. „Daily Telegraph" berichtet, daß jetzt wieder Verhandlungen zwischen dem englischen und dem deutschen Finanzministerium und dem Generalagenten für Reparationszahlungen über die 26prozentige Reparationsabgabe und die **Methode der Erhebung** stattfinden. Man habe eine **neue Formel** gefunden und **hoffe,** mit ihr endlich die Schwierigkeiten überbrückt zu haben.

Der Barmat-Untersuchungsausschuß des Reichstages vertagte sich bis nach Ostern. Er tritt erst am 15. April wieder zusammen.

[illegible]konzerte

[illegible]" umgetaufte VIII. **Sin**[illegible]**erorchesters** stand am mu[illegible]ten zwar keine so moderne [illegible] Poem in einem früheren [illegible]ese aus älteren Werken zu[illegible]ei örtliche Novitäten. S. Rach[illegible] zu Böcklins „Toteninsel" ist [illegible]sik, sondern mehr die Schöp[illegible]n musikalischen Weltbürger [illegible] wieder mit stiller Sehnsucht [illegible]rft seiner Heimat zurück[illegible] recht grauer Farbe geha[illegible] eines starken Willens zur [illegible] Ungleicht tiefer schürfte der [illegible]in dem nie versiegenden [illegible] man müßte freilich einmal [illegible]w" auf sich einwirken lassen, [illegible]nen, doch spürbar ist solche [illegible] den „Bildern einer Ausstel[illegible]stücken, die eigentlich gar keine [illegible]lmehr hinterlassene Vorlagen zu [illegible]en. Der Franzose Ravel hat be[illegible]ten Liebesdienst auch für die genialen Ein[illegible]ximitiven geleistet. Wie schön muß in glitzern[illegible]rumentation etwa das Ballett der Küchlein in ihren [illegible]halen klingen, wie pompös erst „das große Tor von Kiew"! Auch der beste Flügel und der herrorragendste Pianist vermögen dagegen nur schwächliche Abbilder zu gestalten. Daß überdies die Instrumentation eine der großen Tugenden der sog. Petersburger Schule war, das bewies Rimsky-Korsakows „Scheherazade", ein orginales Orchesterwerk, wie ich nach der Lektüre von dessen Memoiren nochmals bestimmt versichern kann, und ein orgineller Ausflug ins Morgenwunderland, den man gerne per aures mitmacht. Während der Reise orientieren die Zwiegespräche zwischen Sultan und Sultanin über Zweck und Ziel des raffinierten Unternehmens, bei dem jeder Hörer, aber auch jeder Mitspieler (so denke ich wenigstens) ganz auf seine Kosten kommt. — Solist des Abends war **Prof. Paul Weingarten-Wien,** als bedeutender Künstler hier nicht unbekannt und dennoch mit der Interpretation von Tschaikowskys Klavierkonzert in B-moll seine früheren Leistungen weit in den Schatten stellend. Wie würde man sein Können im heutigen Rußland feiern, wo dies jetzt in deutschen Konzertsälen gar zu oft gespielte Werk mehr und mehr in Vergessenheit gerät und wo russische Musiker deutsche Gastdirigenten — so erzählt wenigstens H. Abendroth — bitten müssen, mit ihnen nach anstrengenden Proben doch noch russische Musik zu spielen, damit Stil und Tradition der Nationalmusik im eigenen Land sich nicht ganz verwässern und verloren gehen. Das ist ein trauriges Kapitel, an das man bei der Besprechung dieses russischen Abends auch erinnern muß; aber es ist deshalb auch doppelt erfreulich konstatieren zu können, daß das musikalische Deutschland auf diesem Gebiet eine Mission erfüllt und den Generalkatalog der russischen Musikliteratur in treuem Gewahrsam hält, um ihn vielleicht in bessern Tagen unsern östlichen Nachbarn unversehrt zurückzugeben. Staatskapellmeister **Alfred Lorentz** leitete den genußreichen und mit starkem Beifall aufgenommenen Abend mit sicherem Verständnis.

Aus der überreichen Reihe der übrigen Konzerte sei zunächst ein Klavier-Abend von **Josef Schelb** herausgegriffen, der mir erstmals Gelegenheit bot, in künstlerische Fühlung zu diesem, seit einigen Monaten am Landeskonservatorium tätigen Pianisten zu treten. Der Eindruck war stark, insofern die Gesamtleistung auf vortrefflichem Niveau stand und einen echten Musiker und fast fertigen Klavieristen erkennen ließ. Das „fast" bezieht sich auf einige noch anfechtbare Unklarheiten in der Figuration und in etlichen Oktavenläufen vor allem bei Cesar Francks „Präludium, Choral und Fuge". Auch das Brahmsspiel verträgt wohl noch größere Überlegenheit und mehr technische, sowie musikalische Klarheit, wie sie schon im „Intermezzo" erreicht schien. Mit den unausgeglichenen Extremen im Allegretto und Presto agitato der Beethoven-Sonate (op. 27 Nr. 2) konnte ich mich ebenfalls nicht ganz abfinden; der Mittelsatz erschien in zu langsamem Tempo und der Schlußsatz überhastet. Feingeistiges Musikgefühl offenbarte dagegen der Pianist als Bachspieler. Es gab achtungsvollen Beifall.

Unter den drei Liederabenden verdiente das Konzert **Maria Pos-Carloforti's** die stärkste Beachtung, es wies leider den schwächsten Besuch auf, obwohl sich die Hamburger Sängerin schon im vorigen Herbst sehr vorteilhaft hier eingeführt hatte. Liederabende scheinen überhaupt nicht viel Gegenliebe bei unserm Publikum zu finden Das ist recht bedauerlich, denn solche, aus innerster Bedürftigkeit und mit ernsthaftem Können gebotene Abende bereiten großen Genuß und führen zu seelischer Befreiung und Bereicherung. Der Liederabend dieser Künstlerin lieferte dafür ein geradezu vorbildliches Beispiel. Ob sie nun mit italienischen und deutschen Arien — teilweise im Orginaltext, der Muttersprache der vielfältigsten Schattierungen — experimentierte oder Liedgruppen von Wolf, Mahler und Brahms sang, es war immer ein prachtvolles, aus dem Erleben heraus gezeugtes Gestalten, ein großes Crescendo und zartestes Decrescendo einer offensichtlich italienisch geschulten Stimmen, die im Piano und im Forte stets voll und doch immer biegsam bleibt, ohne je hart zu werden. Frau Pos-Carloforti muß eine ausgezeichnete Oratoriensängerin sein, bietet aber auch Überraschungen im graziösen und naturhaften Ziergesang, und der Schmelz ihres tragfähigen Soprans zeigt sich ebenso der lyrischen Versonnenheit und gedanklichen Schwermut Mahlers gewachsen. Ein fabelhafter, müheloser Ausgleich der Lagen begünstigt diese merkwürdig vielseitige Betätigung. Ihr freudiges Musizieren wurde von **Dr. H. Meinhard Poppen** (Heidelberg) in trefflicher Weise unterstützt. Das Publikum wurde so zur Begeisterung hingerissen, daß auf das umfangreiche Programm noch mehrere Zugaben folgen mußten. — Auch den Schubert-Abend, den **Johannes Willy** (Frankfurt) zusammen mit **Georg Mantel** veranstaltete, bucht man als angenehmes Erlebnis. Die „Winterreise" steht in gefährlicher Nähe der Andachtskunst, und solche erschöpfend zu bringen verlangt einen reifen Menschen und eine starke Kunst. Man konnte mit der Darstellung des Sängers zufrieden sein, es gab erschütternde Momente und kraftvolle Steigerungen. Für feinere Schattierungen erscheint allerdings sein Bariton ungeeignet, manche musikalische Kontraste wußte er künstlerisch nicht so überzeugend auszunützen, daß eine leichte Ermüdung infolge der gleichförmigen Darstellung ganz vermieden worden wäre. Immerhin würde man dem Sänger und seinem von der Natur gegebenen prächtigen Organ gerne wieder begegnen. Georg Mantel waltete seines schwierigen Amts am Flügel als bewährter Begleiter. — Zu einem nur relativ günstigen Ergebnis kam mein Vertreter bei der Beurteilung des Tenors von **Adolf Waiblinger,** der unter der Begleitung seines Lehrers (Musikdirektor **Hoffmann**) einen Arien-Abend gab. Man lobte mir die schöne Höhe, fand aber den Tonansatz in der Mittellage zeitweise flach und die Tiefe noch nicht ausreichend. Die Stimme verträgt demnach noch breitere Klangfärbung und stärkere Ausgeglichenheit und ebenso der Vortrag mehr Gestaltungskraft und rhythmische Präzision. Dem fraglos vorhandenen Material nach sei es jedoch nicht ausgeschlossen, daß der junge Sänger durch weiteres eifriges Studium sich diese beträchtlichen Qualitäten erwirbt. Das Publikum zeigte sich mehr aus Höflichkeit denn aus wirklicher Ergriffenheit für die Darbietungen erkenntlich.

Am Rande des Konzertberichtes ist es wohl erlaubt, nochmals ganz kurz die **Musikalischen Komödien** im Künstlerhaus zu erwähnen, die auch bei den beiden öffentlichen Aufführungen durch ihren sonnigen Humor viel Freude erweckten. Es waren heitere Abende mit wirklicher Heiterkeit, die Dr. **Fischer,** der geistige Urheber und Leiter des Unternehmens, seinen Zuhörern spendete. Von den früher schon genannten solistischen Kräften wurden u. a. zur Aufführung gebracht und herzlich belacht: „Die Wahrsagerin" (mit Musik von Gluck), „Seine Schwester" (Offenbach), „Die zerrissene Hose" (Fischers eigene musikalische Erfindung) und „Die Weinprobe" (Marschner). Man muß dem Verein bildender Künstler wiederholt für das Arrangement dieser lustigen und erquicklichen Gastspiele danken.

H. Sch.

Badischer Teil

Badischer Landtag

DZ. **Karlsruhe**, 20. März 1925.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung gibt Präsident Dr. **Baumgartner** den Eingang eines **volksparteilichen Antrages** bekannt, wonach Wohnungen mit über 2000 M. Friedensmiete von der Zwangswirtschaft befreit werden sollen. Ferner liegt eine förmliche **Anfrage der Kommunisten** wegen des Verbots der „Mannheimer Arbeiterzeitung" vor.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichet Abg. Dr. **Glockner** (Dem.) über den

1. Nachtrag zum Staatsvoranschlag 1924/25.

Es handelt sich um die Veränderungen, die sich aus der Aufhebung des Arbeitsministeriums ergeben haben. Eingespart werden 23 von 46 Stellen, also 50 Proz. Zahlenmäßig macht dies allerdings nur die Summe von 130 805 M. aus. Nach kurzen Bemerkungen der Abg. D. **Mayer-Karlsruhe** (Dntl.), Seubert (Ztr.), **Weber** (D.Vpt.) und **Hofheinz** (Dem.) zur Frage des Abbaues der Mittelschuldirektoren wird dem Nachtra **zugestimmt**. —

Abg. **Rüger** (Ztr.) berichtet ausführlich über den Gesetzentwurf betr.

Die Grunderwerbs- und Zuwachssteuer.

Er will den Gemeinden eine zweifelsfreie Rechtsgrundlage zur Erhebung einer Grundstückszuwachssteuer geben.

Abg. Dr. **Glockner** hält es im Interesse der Rechtsprechung für praktisch, die Vorlage zur Klärung gewisser Fragen nochmals an den Ausschuß zurückzuverweisen.

Der **Berichterstatter** tritt diesem Wunsche entgegen unter Hinweis auf die Dringlichkeit des Gesetzes. Finanzminister Dr. **Köhler** macht darauf aufmerksam, daß die zuständigen Referenten in den nächsten Wochen durch die Beratung der Steuergesetze und den Finanzausgleich im Reichsrat in Anspruch genommen seien. Abg. Dr. **Glockner** (Dem.) ist der Ansicht, daß durch Übernahme des Wortlauts des Finanzausgleichsgesetzes Unsicherhit in den Grunstdücksverkehr getragen wird.

Das Haus beschließt dann mit 28 gegen 27 Stimmen **die Zurückverweisung** an den Ausschuß.

Landwirtschaftliche Anträge

Ein Antrag **Gebhardt** (Landbund) findet nach einem kurzen Bericht des Abg. **Weißhaupt** (Ztr). in folgender Fassung einstimmige Annahme: Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung nachdrücklichst darauf hinzuwirken, daß sie alsbald die erforderlichen Mittel zur Errichtung und Unterhaltung eines **Reichs-Tabakforschungsinstituts** in Baden zur Verfügung stellt.

Ein weiterer **Antrag** des Landbundes betrifft die Gewährung eines **Kredits von 300 000 M.** an die **Landwirtschaftskammer** zur Saatgutbeschaffung. Die Regierung hat im Ausschuß erklärt, daß die Erhöhung der für landw. Kredite vorgesehenen Gesamtsumme von **10 Millionen Mark** nicht tragbar sei.

Der Berichterstatter Dr. **Föhr** (Ztr.) stellt deshalb den Antrag, den für die **Lagerhauszentrale Tauberbischofsheim** bereits bewilligten Kredit um 300 000 M. **zu kürzen** und der **Landwirtschaftskammer zu übertragen.** Der **Ausschuß** kam zu dieser Stellungnahme, weil er sich überzeugte, daß der der Lagerhauszentrale Tauberbischofsheim bewilligte Kredit im Verhältnis ihrer Mitgliederzahl zu der Mitgliederzahl des Bad. Bauern- und des Bad. Landwirtschaftlichen Vereins zu groß gewesen sei, 500 M. pro Mitglied gegen 15 bezw. 80 M.

Abg. **Hertle** (Landbund) begründet einen Antrag auf **Erhöhung des Gesamtkredits auf 1,3 Millionen.**

Abg. **Rüger** (Ztr.) ist dagegen und stimmt dem Ausschußantrag zu.

Abg. **Gäßler** (Komm.) verweigert der Landwirtschaftskammer überhaupt jegliche Mittel, da sie „reaktionär" zusammengesetzt sei.

Abg. **Rückert** (Soz.) erklärt sich für den Ausschußbeschluß. Die Interessenten müßten sich verständigen.

Innenminister **Remmele** erklärt, die Regierung habe sich in bezug auf die Kreditgewährung an die Landwirtschafskammer keinen Vorwurf zu machen. Man könne in der Bewilligung von Krediten nicht höher gehen. Schon hätten sich der Landwirtschaftliche Verein und der Giroverband mit ähnlichen Anträgen gemeldet. Es scheine fast, daß es sich in diesen Dingen mehr um Prestigefrage als um eine sachliche Notwendigkeit handle.

Es sprechen noch die Abg. **Weber** (D.Vpt.), Dr. **Glockner** (Dem.), **Hertle** (Ldbd.), **Fischer-Meißenheim** (Ldbd.) und D. **Mayer-Karlsruhe** (Dntl.), der betonte, daß man sich den Bedenken des Ministers nicht verschließen dürfe. Kredite seien immer ein zweischneidiges Schwert. Der **Antrag des Haushaltsausschusses** wird mit 27 gegen 24 Stimmen des Zentrum und eines Landbündlers **angenommen.** Zwei Abgeordnete enthalten sich der Stimme. Der diese Änderung berücksichtigende **Initiativgesetzentwurf betr. die Bürgschaften des Landes Baden** für Darlehen an landw. Organisationen, wird mit dem gleichen Stimmenverhältnis in beiden Lesungen **angenommen.**

Ohne Aussprache findet ein Antrag Annahme, im Benehmen mit der Reichspostverwaltung zu prüfen, ob und inwieweit für die abseits von jeder Bahnlinie gelegenen Orte des **Rieds** (Mittelbaden) eine **Personenautoverbindung** eingerichtet werden kann.

Soziale Angelegenheiten

Zur Erörterung steht weiterhin die Frage des Weiterbetriebes des **Erholungsheimes Annaberg** in Baden-Baden, das dem Reichsfiskus gehört. Das Haus tritt **einstimmig** dem Antrag des Ausschusses bei, die Reichsregierung sei um Bereitstellung der Mittel zu ersuchen, damit den **Kriegsbeschädigten** auch künftig die Wohltat eines Erholungsaufenthalts auf Annaberg zuteil werden kann. Zur Behandlung kommen dann die sozialdemokratischen Anträge wegen Gewährung der **Arbeitslosenunterstützung** an **abgebaute** nicht krankenversicherungspflichtige **Angestellte** und Ausdehnung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 auf alle dem **Angestelltenversicherungsgesetz** unterliegenden Angestellten. Das Haus beschließt in Anlehnung an die Stellungnahme des Ausschusses, daß im Sinne der Anträge auf die **Reichsregierung** einzuwirken sei. Ohne Aussprache macht sich der Landtag einen von allen Parteien unterzeichneten Antrag zu eigen, des Inhalts:

1. Unverzüglich eine großzügige Propaganda zur **Hebung des Milchverbrauchs** im Interesse der Volksgesundheit und einer guten, ungestörten Milchversorgung in die Wege zu leiten,

2. den Einfluß der Behörden, Schulen, staatlichen Betriebe und der Presse in den Dienst der Sache zu stellen.

Schulfragen

Einmütig wird nach einem ausführlichen Bericht des Abg. **Rückert** (Soz.) auch folgender Entschließung zugestimmt:

1. Die Regierung wird ersucht, den **Gesuchen der Gemeinden Mosbach, Singen und Rastatt** auf weitere Ausgestaltung ihrer **Realanstalten** unter der Voraussetzung der Übernahme der gesamten dadurch entstehenden Mehrkosten Rechnung zu tragen;

2. die Gesuche der **Gemeinden Achern, Buchen, Eppingen, Ettlingen, Lahr und Säckingen** werden der Regierung unter denselben Voraussetzungen empfehlend überwiesen.

Ein Gesuch der Gemeinde **Herbolzheim** wegen Errichtung einer Gewerbeschule wird gleichfalls empfehlend überwiesen.

Nach Erledigung einer Reihe von **Eingaben** persönlicher Natur vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung voraussichtlich am Dienstag, den 31. März. Schluß ¾8 Uhr.

Eingegangen ist ein Antrag auf verbesserte Aufrückungsmöglichkeiten für sämtliche mittleren Beamten.

Der Hagenschießprozeß

DZ. **Karlsruhe**, 20. März.

Bei der weiteren Behandlung des Anklagepunktes wegen **Preisüberforderung Honnefs** bei der Lieferung von Transmissionen bemerkt der Sachverständige **Gehorsam**, daß hinsichtlich des Kostenanschlags ins Blinde hinein gearbeitet worden sei. **Honnef** wehrt sich gegen diese Auffassung. — Der Angeklagte soll ferner für Türdrücker aus Ersatzware, die der Staatsanwalt als Schund bezeichnete, 7,60 Mark verlangt haben bei einem Einkaufspreis von 4 Mark. Für rund 15 000 Quadratmeter Drahtgeflecht erheischte er 176 000 Mark, während sein Einkaufspreis 135 000 Mk. betrug. — **Honnef** sucht die Preisunterschiede aus der Geldentwertung und anderen Umständen zu erklären. Der Montag soll sitzungsfrei bleiben, der Dienstag und Mittwoch durch die **Plaidoyers** ausgefüllt und am nächsten **Samstag** das **Urteil** verkündet werden.

DZ. **Karlsruhe**, 21. März.

Am heutigen **15. Verhandlungstag** steht der letzte Teil der Anklage zur Erörterung. Er richtet sich gegen den Landtagsabgeordneten Kaufmann Lothar **Mager** aus Heidelberg, dem Begünstigung vorgeworfen wird. — Der **Angeklagte** soll einen vertraulichen Bericht des Abg. Duffner über das Hagenschießunternehmen seinem **Geschäftsfreund** Honnef zugänglich gemacht haben. Er bestreitet, daß irgend ein Beschluß über die Vertraulichkeit des Berichts [ge]faßt worden sei.

Der **Vorsitzende** verliest d[ie] [P]rotokolle des Landständigen Ausschusses vom 7., 8. und 9. [Okt]ober 1920. Darin ist die Rede von vertraulicher Behandlung der Hagenschieß-Angelegenheit.

Angeklagter: Das hat sich auf die Erörterung der Ministerverantwortlichkeit und jener des Dreierausschusses bezogen, der die Geschäftsführung des Hagenschieß zu beaufsichtigen hatte. Den Bericht selbst hielt ich nicht für vertraulich. Zur Klärung dieser Frage sollen die Abg. Dr. **Glockner** und Dr. **Mayer-Karlsruhe** gehört werden, die seiner Zeit Mitglied des Landständischen Ausschusses waren.

Der **Vorsitzende** bringt einen Brief des Präsidenten des Landtages vom 14. März 1924 zur Verlesung, in dem bedauert wird, daß Honnef durch Mayer Kenntnis von einem Bericht des Landständischen Ausschusses über das Hagenschieß erhielt und diese Mitteilungen für sich ausnützen konnte. Das stehe nicht im Einklang, mit den ungeschriebenen Pflichten eines Abgeordneten.

Angeklagter **Mager**: Ich habe Honnef nie den Bericht gegegeben, ihm auch keine Mitteilungen gemacht, wohl aber R.-A. Buchegger und gelegentlich auch Honnef gegenüber in dem Sinne: **Was** mag der Logenbruder (Schlaraffia) getan haben? Positives gegen Honnef war in dem Bericht nicht zu finden.

Der **Vorsitzende** bringt einen Brief Honnefs an Mager vom 1. Oktober 1920 zur Verlesung, in dem er auf den Bericht des Landständischen Ausschusses hinweist, den er unbedingt haben müsse. Mager möge ihn beschaffen.

Angeklagter: Ich habe den Brief nie beantwortet.

Vorsitzender stellt fest, daß es für Honnef ungeheuer wichtig war, zu erfahren, was andere über ihn wußten, auch wenn keine positiven Tatsachen vorlagen.

Als Zeuge aufgerufen wird sodann Geheimrat **Abg. Dr. Mayer**, der aussagt: Die Vertraulichkeit im Landtag streng durchzuführen, wird kaum möglich sein, da das Gremium zu groß ist. Schon zwei Tage nach jenen Verhandlungen im Ausschuß war das **Gerücht über** ein von sozialdemokratischer Seite stammendes **Geschwätz** verbreitet. Ohne **Akten** zur Hand zu haben, ist es schwer, auf die Sache im einzelnen einzugehen. Von der Untersuchungskommission war die Opposition ausgeschlossen. Der Bericht des Abg. Duffner wurde dem Fraktionsvorsitzenden ausgehändigt. Als ich nun sah, daß es sich um allgemein bekannte Dinge handelt, hatte ich keine Bedenken mehr, den Bericht auch in der Fraktion zu besprechen.

Vorsitzender: Hätten Sie es für erlaubt gehalten, daß von diesem Bericht einem Angeschuldigten Kenntnis gegeben wird?

Zeuge: Damals war man schon so weit, daß nichts mehr dabei zu finden war. Der Bericht enthielt ja auch keine Anschuldigungen gegen Honnef, zudem verlautet, daß Honnef und Abele bereits von ganz anderer, von sozialdemokratischer Seite, informiert worden seien.

R.-A. **Albrecht**: Die Vertraulichkeit war also zur fraglichen Zeit durchbrochen?

Zeuge: Zweifellos. Den Bericht habe ich Mager erst nach Wochen, am 20. Oktober, gegeben.

Darauf wird Ingenieur **Honnef** als **Zeuge** unbeeidigt vernommen. Er ist mit Mager seit dem Krieg von Metz her befreundet. Auf Befragen erklärt Honnef: Ich habe von einer Stelle, die ich nicht mehr nennen kann, zwei kleine Bleistiftsauszüge aus dem Landtagsbericht erhalten, die ich Mager zustellte mit der Bitte, mir den ganzen Bericht zu besorgen, der mich interessierte. Den Bericht habe ich bekommen. Ob aber von Mager, vermag ich nicht zu sagen.

Der **Vorsitzende** hält Honnef seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter **vor**, dem er zugab, von Mager den Ausschußbericht erhalten zu haben. **Honnef** bleibt dabei, daß er heute außerstande sei, zu sagen, wer ihm den Bericht zuschickte. Es lägen auch andere Möglichkeiten vor.

Angekl. **Mager**. Es ist möglich, daß Honnef durch Dr. Buchegger Kenntnis von dem Bericht erhielt, also auf indirektem Wege. Ich habe Buchegger den Bericht gezeigt Auf eine weitere Frage erklärt **Mager**: Einen Rat im Hagenschieß habe ich Honnef nie erteilt. Er wußte, daß ich ein Gegner der Sozialisierungsbestrebungen war.

Es folgt die Vernehmung des **Präsidenten** und Abg. Dr. **Glockner**, der als Zeuge betont, daß sich die Vertraulichkeit der Verhandlungen auch auf den Bericht bezogen habe. In der Fraktion mußte die Sache allerdings zur Sprache kommen.

Vorsitzender: Hätten Sie es für erlaubt gehalten, daß ein Mitglied Ihrer Fraktion Jemanden, gegen den ein Strafverfahren schwebte, Kenntnis vor dem Bericht gibt?

Zeuge. Nein! Der Bericht ist am 30. September 1920 den Ausschußmitgliedern zugegangen. Ich wäre nie auf den Gedanken gekommen, mit ihm an die Öffentlichkeit zu gehen, und hätte, sofern ein Fraktionsmitglied nach Einsichtnahme in den Bericht derart vorgegangen wäre, darin einen Vertrauensmißbrauch erblickt.

Angekl. **Mager**: Von der Vertraulichkeit des Briefes war mir nichts bekannt.

Mager wie sein Verteidiger halten daran fest, daß die Vertraulichkeit, sofern man diese annehmen wollte, bereit[s] [...] brochen war. Schon vor den Ausschußsitzungen [...] tig in der „Mannheimer Volksstimme" erschie[nen] [...] auf der Kenntnis des Duffnerschen Briefes [...]

Zeuge **Dr. Glockner** hält es für unangebr[acht] [...] geordneter einem Angeschuldigten Mittei[lung] [...] nicht ausdrücklich als vertraulich gekennze[ichnet] [...]

R.-A. **Albrecht** stellt fest, daß Geheimr[at] [...] richt solange für sich behalten hat, bi[s] [...] publik waren.

Als weiterer Zeuge erklärt Ober[...] **Rausch**, daß bei dem Bericht über [...] dingte Vertraulichkeit angenommen [...] ihm unfaßbar, daß ein Abgeordne[ter] [...] genschaft bekannt gewordene Vor[...] tet, die in der Sache Partei sind. [...] ten auch ungeschriebene Pflichten.

R.-A. Dr. **Buchegger** bemerkt als [...] Auffassung gewesen sei, es hande[...] Bericht von 2—3 Seiten. Den in [...] Untersuchungsausschusses habe er n[...]

möchte, ... riftstellern. ... htung diesen ... richtern. es ja allerdings ... be ihre Erfüllung Literatur an Schil- ... mittelt ist, betrifft ... Wenn man über- ... Sinne sprechen kann, ... lich die zum Teil ... er Jungen, d. h. Er- ... er Empfänglichkeit zu ... der dann meist ein deshalb, weil er den nicht genügt. Von jedoch bei alledem ... chologisches Pro- und zwar mit ... ch die gesamte die psycholo- Der Umfang ... de, zumal in ... mmer gewal- ... ensch sie alle komplizierter der Gefühle größer und Nuancen.

Beschädigung von Teleg[...]

Die Fälle von Beschädigungen der [...] der Telegraphenanlagen, bei denen Sch[...] in Betracht kommen, mehren sich nach [...] postdirektion Karlsruhe neuerdings wieder. [...] **des Kultus und Unterrichts** weist in einer [...] neut auf diese Fälle hin und weist alle ihm [...] rer an, die Schüler in angemessenen Zeiträ[umen] [...] und zu verwarnen. Dabei soll die Wichtigkeit [...] anlagen und die durch deren Beschädigung [...] erwachsenden Nachteile klargemacht und [...] den, daß die Täter nicht nur strafrechtlich [...] sondern auch selbst, bzw. ihre Eltern und [...] Vertreter für den angerichteten Schaden m[...] aufkommen müssen.

Tagung der katholischen Kirchensteu[...]

Die am Mittwoch in **Freiburg i. Br.** im Kornh[aus] [...] Leitung von Domkapitular Dr. **Sester** eröffnete Tagung [...] katholischen Kirchensteuer-Vertretung genehmigte nach längerer Beratung den **Voranschlag** der Ausgaben und Einnahmen für allgemeine kirchliche Bedürfnisse im badischen Teil der Erzdiözese Freiburg für 1925.

In seiner Eröffnungsansprache konnte Dr. **Sester** als Vertreter der Staatsregierung Ministerialdirektor Dr. **Schmitt**, als Vertreter des **kathol.** Oberstiftungsrats Geh. Finanzrat **Schweitzer** und Oberfinanzrat **Stromm** begrüßen. Es **wurde** mit Genugtuung festgestellt, daß die langgehegte Hoffnung auf **geregelte Finanzverhältnisse** endlich in Erfüllung gegangen sei, da die Stabilität der deutschen Währung die Voraussetzung hierzu geschaffen habe. Im laufenden Rechnungsjahr sei die Erhebung der Steuer auf der Goldmarkgrundlage möglich geworden. Die Eingänge der Steuern seien in den letzten Wochen erheblich besser geworden. Wenn vielfach die Höhe der Steuerforderungen nicht verstanden werde, so übersehe man, daß die Pfründen ihre Kapitalwerte fast restlos verloren haben, und daß die Bezüge der Geistlichen infolge des Sinkens der Kaufkraft des Geldes wesentlich erhöht werden mußten. Die Mittel für die Zulagen der Geistlichen seien aus dem Betriebsvorrat der Kirchensteuerkassen und aus der

---

In der Kritik von Barlachs „Armem Vetter" ist ein Passus enthalten, der wie mir mitgeteilt wird, den Eindruck erwecken könnte, als ob dem Oberregisseur unseres Schauspiels, Herrn **Baumbach**, ein **Vorwurf** aus der Tatsache gemacht werden solle, daß er bei seinen Inszenierungen auch die Aufführungen anderer Bühnen als Vorbilder benutzt. Der betreffende Passus war im Gegenteil als Entschuldigung gedacht und auch so charakterisiert, als eine Entschuldigung, die umso notwendiger ist, als es sich um ein besonders schweres Stück handelte. Grundsätzlich vermag ich jedenfalls darin, daß ein pflichtbewußter Regisseur die Neuaufführungen anderer Theater verfolgt und sie auch als Vorbilder benutzt, nichts Belastendes zu erblicken, zumal ja doch immer die Art und Weise **wie** er sein Vorbild behandelt, entscheidend bleibt, und zumal Baumbach gezeigt hat, daß er auch **ohne** alle Vorbilder Bedeutendes leisten kann.

Prof. Dr. **Karl Holl**.

Eurythmische Kunst. Es ist nicht einfach, diesem Abend hier gerecht zu werden, zumal es sich um Dinge handelte, die wohl den meisten der Schauenden neu waren. Daß trotzdem der Beifall recht stark war, bewies, daß dem Publikum diese „gestaltete Sprache" auch wirklich sichtbar wurde. Besonders war dies bei Faunsts Monolog, im Trunkenen Lied aus „Nietzsches Zarathustra" und in Beethovens Adagio und Mozarts Allegro der Fall. Im ganzen waren die Bewegungen auf musikalischer Grundlage bei weitem verständlicher, doch liegt wohl der Grund hierfür in dem übersinnlichen Wesen der Musik, der es ihr ermöglicht, jede unserer Schwingungen begrifflos und in jeder Steigerung auszudrücken, während der Dichtung gerade dies infolge der Sprödigkeit ihres Stoffes — der Sprache — vollkommen unmöglich ist. Rein tänzerisch betrachtet war z. B. die Interpretierung Mozarts verblüffend, da Mozarts zarte Musikalität mit dem modernen Tanz unvereinbar ist. Wenn er trotzdem modern getanzt wird, beweist es nur, welche Unklarheit über diese Dinge heute noch herrscht Bedenklich erscheint es, aus diesen Dingen irgendwelche Gesetze abzuleiten, und dem Rhythmus eines Einzelnen (Rudolf Steiners) als Norm für alle zu propagieren. Denn jeder Mensch hat seine Eigenschwingungen, und so wird er auch seine Sprache in der Bewegung anders gestalten müssen. Eine Äußerlichkeit noch, der jedoch abgeholfen werden könnte; die Gewänder wirkten z. T. fast kitschig. Doch alles in allem, der Abend brachte eine wertvolle Anregung, und wir hoffen, daß diese irgendwie auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

B. G.

*

„Faust" in Straßburg. Das Ensemble des Baseler Schauspielhauses brachte, wie der „Voss. Ztg." berichtet wird, im Stadttheater zu **Straßburg** im Elsaß den ersten Teil des **„Faust"** zur Aufführung. Trotzdem von einer obskuren „Liga gegen die deutsche Kultur" zu Demonstrationen gegen die deutsche Vorstellung aufgefordert war, ist die Vorstellung **ohne** jeden Zwischenfall verlaufen. Das einheimische Publikum, das sich durch unreife und fanatisierte Elemente die Freude an dieser Aufführung nicht trüben lassen wollte — seit 1919 haben die Straßburger außer dem „Faust" nur „Don Carlos" als deutsches Stück gesehen — unterdrückte die leisen Versuche der Störung durch energische und nicht mißzuverstehende Warnungen an die chauvinistischen Banausen Die Selbstverständlichkeit, mit der sich die Straßburger zu dem großen Werk der deutschen Kultur bekennen, ist immerhin bemerkenswert und ein Beweis dafür, daß die geistigen Beziehungen des Elsaß zu seinem alten Mutterlande jenseits des Rheins nicht abgeflaut sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutscher Reichstag

Eine Aufwertungsdebatte

WTB. Berlin, 20. März.

Am Regierungstisch Reichsinnenminister **Dr. Schiele.** Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 2,20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst

die dritte Lesung des Notetats.

Abg. **Dittmann** (Soz.) gibt eine Erklärung ab, in der es heißt: Die **sozialdemokratische Fraktion** ist nicht in der Lage, dem vorläufigen Haushaltsentwurf für 1925 ihre Zustimmung zu geben. Der Notetat nimmt die Sätze eines Haushaltsentwurfes voraus, der in Einnahmen und Ausgaben den berechtigten Wünschen des werktätigen Volkes nicht entspricht. Unwiderlegt sind unsere Beschwerden über die Hergabe von 715 Millionen Mark an die **Ruhrindustriellen,** während die Ansprüche der Sparer und Gläubiger auf Aufwertung, die Forderungen der Auslandsdeutschen, der Ruhropfer, der Rentenbeziehung und Gehaltsempfänger zum großen Teil wieder ungehört geblieben sind.

Abg. v. **Gräfe** (Deutsch-Völk.) bedauert, daß keine außenpolitische Debatte stattgefunden habe. Er stimme nur mit großen Bedenken dem Notetat zu.

Abg. **Koch-Weser** (Dem.) erkennt die Notwendigkeiten des Notetats an und stimmt ihm zu. Das Mißtrauensvotum der Kommunisten lehne er ab, da die Demokraten sich ihre politische Haltung nicht von den Kommunisten vorschreiben ließen. (Lachen bei den Kommunisten.)

Der Notetat wird darauf in dritter Lesung endgültig gegen die Sozialdemokraten und **Kommunisten angenommen.** Das **kommunistische Mißtrauensvotum** wird in einfacher Abstimmung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten **abgelehnt.** Die Entschließung über die Währung der Interessen der Reichsregierung bei der Umstellung der **Deutschen Werke** wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über

die Verlängerung der Fristen der dritten Steuernotverordnung

in Bezug auf die **Aufwertung,** die am 31. März d. J. ablaufen sollten, bis zum 30. Juni d. Js.

Abg. Dr. **Schetter** (Zentr.) berichtet über die Verhandlungen des Aufwertungsausschusses. Die Fristenverlängerung sei notwendig geworden, weil das neue Aufwertungsgesetz **nicht vor dem 1. April** erledigt werden könne.

Reichsjustizminister Dr. **Frenken** gibt dann namens der Reichsregierung folgende **Erklärung** ab: Das Reichskabinett hat hinsichtlich des Aufwertungsgesetzes inzwischen **entscheidende Beschlüsse** gefaßt. Der Gesetzentwurf wird **noch vor der Reichspräsidentenwahl** im Laufe der nächsten Woche den **gesetzgebenden Körperschaften** vorgelegt werden. Die Reichsregierung wird von sich aus in allernächster Zeit eine eingehende Darlegung der wichtigen und grundlegenden Bestimmungen des Entwurfs der Öffentlichkeit unterbreiten.

Staatssekretär **Joel** erhebt Bedenken gegen den vom Ausschuß eingefügten Artikel, der zur Kreditsperre führen würde. Auch das Reichsbankdirektorium habe dagegen allerschwerste Bedenken erhoben. Das Geschäft der Hypothekenbanken und sonstiger Realkreditgeber würde völlig unterbunden werden.

Abg. **Koch-Weser** (Dem.) legt eine **Entschließung** vor, wonach der Reichstag **bedauert,** daß die Reichsregierung ihr Versprechen, den Gesetzentwurf über die Aufwertung bis Anfang März vorzulegen, bis heute noch nicht erfüllt habe.

[illegible] **Seil** (Soz.) ist der Ansicht, daß die Absichten der Re- [illegible] anscheinend weit zurückbleiben werden hinter den [illegible] nglen Wahlversprechungen. Die Regierung habe [illegible] Entrüstung der Sparer und Gläubiger. Hin- [illegible] en Entwurf stehen nur 16 Abgeordnete der [illegible] Fraktion.

[illegible] m.) wirft den Sozialdemokraten **vor, sie** [illegible] Deutschnationalen ein Wettrennen in [illegible]

[illegible] edauert, daß die Regierung heute [illegible] vertungsvorlage gesagt habe. Das [illegible] bereits mit dieser Angelegenheit [illegible] ulanten). Der Redner kritisiert [illegible] s Reichsbankdirektoriums, das [illegible] tschaftsinteressen im Auge zu [illegible] es für kennzeichnend, daß die Sozialdemokratie sich plötzlich für die Aufwertung erklärt habe.

Abg. **Koch-Weser** (Dem.) bewundert die schlangenmenschartige Fähigkeit, mit der Abg. Hergt versuche, sich aus den Schlingen zu befreien, in die seine Partei durch ihre verantwortungslosen, unsachlichen und zügellosen Wahlversprechungen gelangt sei. Die Verantwortung für die Unruhe im Volk trage einesteils die Regierung die ihr Versprechen nicht gehalten habe und ebenso die Partei mit ihren Wahlversprechungen.

Abg. **Wunderlich** (Dt.N.P.) hält es für durchaus notwendig, daß für die kleinen Sparer etwas geschehe. Die taktischen Manöver zwischen rechts und links würden allmählich langweilig. Notwendig sei ruhige und sachliche Arbeit.

Die Abgg. Dr. **Jörissen** (Wirtsch.Vereinig.) und **Seiffert** (Völk.) fordern rasche Entscheidung in der Aufwertungsfrage.

Abg. Dr. **Best** hält es für notwendig, der Eintragung aufzuwertender Hypotheken auf zweifelhafter Grundlage vorzubeugen. Der Redner schließt mit der Erklärung, er werde immer seine Stimme für eine gerechte Aufwertung erheben.

Der **Artikel 3** wird an den Aufwertungsausschuß **zurückverwiesen,** der **Gesetzentwurf Dr. Haupt** in zweiter und dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen. Die **demokratische Entschließung wird abgelehnt.**

Es folgt dann die Beratung der Sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf

Sicherung der Wahlfreiheit.

Abg. **Koenen** (Komm.) beschreibt die Vorfälle bei der kommunistischen Versammlung in Halle und die Verhaftung von Kommunisten in Stuttgart.

Der Polizeiangriff sei beabsichtigt und vorbereitet gewesen. (Widerspruch).

Abg. **Crispien** nimmt Severing gegen die kommunistischen Angriffe in Schutz. Der Redner hält eine große Anklagerede gegen die Kommunisten, die im Blute waten und die Arbeiter ins Zuchthaus bringen.

Reichsinnenminister Dr. **Schiele** stellt fest, daß nach der Verfassung die Wahlfreiheit gewährleistet ist. Es liege kein unmittelbarer Anlaß dazu vor, die Landesregierungen noch einmal besonders darauf hinzuweisen. Dazu komme, daß der Reichstag erst vor acht Tagen einen Antrag angenommen habe, der jede Beschränkung der Wahlfreiheat untersagt. Die freie Meinungsäußerung ist in keiner Weise gefährdet. Dieses Recht gilt aber freilich nur für **die Deutschen,** nicht aber auch für Ausländer. Der Reichsminister schließt sich in dieser Auffassung durchaus den Erklärungen des preuß. Innenministers Severing an. Die Vorfälle in Halle sind noch nicht völlig aufgeklärt. Die Untersuchung wird von der preuß. Regierung betrieben. Schließlich würden derartige bedauerlichen Vorkommnisse von selbst aufhören. Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Hierauf vertagt sich das Haus auf Samstag 11 Uhr.

Politische Neuigkeiten

Stegerwald, Lönartz und v. Pape

Die **Reichstagsfraktion** des Zenirums hat einmütig eine **Entschließung angenommen,** in der sie gegen die in einzelnen Zentrumszeitungen veröffentlichten persönlichen **Verunglimpfungen** des Reichstagsabgeordneten **Stegerwald,** die im Zusammenhang mit der Benennung als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl erschienen sind, Stellung nimmt. Die Fraktion weist einmütig diese völlig unbegründeten Angriffe zurück, erkennt die wertvolle und fruchtbare Arbeit Stegerwalds im Dienste der Partei voll an und versichert ihn nach wie vor ihres **Vertrauens.**

Die Landtagsabgeordneten von Papen und Lönartz erklären laut „Germania", daß ihre Abstimmungsenthaltung am 20. Februar 1925 in keiner Weise gegen die verehrungswürdige Persönlichkeit des Reichskanzlers a. D. Marx und gegen das von ihm verfolgte Ziel der großen Volksgemeinschaft gerichtet gewesen sei. Sie erkennen an, daß die Wirksamkeit der Zentrumsfraktion wesentlich bedingt sei durch die Geschlossenheit ihres Handelns. Sie erklären sich bereit, dem in Zukunft Rechnung zu tragen. Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages hat auf Grund dieser Erklärung einstimmig beschlossen, die **Angelegenheit** als erledigt zu betrachten.

Der Ausbau des Rheins zwischen Straßburg und Basel

Aus **Straßburg** wird berichtet: Die **Unterkommission** die mit der Prüfung der Pläne für die **Rheinregulierung** zwischen **Basel und Straßburg** beauftragt war, beendete am Freitag ihre Arbeiten. Sie hat das schweizerische **Projekt** der Regulierung und das französische im einzelnen geprüft. Im Verlaufe der Verhandlungen hörte sie auch die Vertreter der Rheinschiffahrt. Der Bericht, der die verschiedenen technischen und wirtschaftlichen Seiten der beiden Vorschläge entwickelt, wird als **Grundlage** für die Beratungen der Kontrollkommission für die Rheinschiffahrt dienen, die im **nächsten Monat** zu einer Sitzung zusammentritt.

Ein Vertrauensvotum für das Kabinet Herriot

Die **französische Kammer** hat am Freitag in den späten Abendstunden mit 325 gegen 251 Stimmen nach Schluß der Interpellationsdebatte eine **Tagesordnung des Kartells der Linken angenommen.** Es wird darin erklärt, daß die Kammer entschlossen ist, das Regime der **Trennung von Kirche und Staat aufrecht zu erhalten.** Die Tagesordnung mißbilligt jeden Appell an die Gewalt und spricht der Regierung das **Vertrauen** aus, daß sie ohne Schwäche die lohale und entschiedene Anwendung der Laiengesetzgebung sichergestellt habe.

*

Am Freitag kam es noch zu **wüsten Tumultszenen** in der französischen Kammer während der Rede **Herriots,** der sich scharf gegen die Kundgebungen der Kardinäle und Erzbischöfe wandte. Zeitweise kam es sogar zu einem **Handgemenge,** an dem 40 bis 50 Abgeordnete beteiligt waren. Die Sitzung mußte mehrmals unterbrochen werden, da in dem allgemeinen Tumult die Redner nicht zu verstehen waren. Während des Handgemenges warfen sich die Abgeordneten der Linken und der Rechten Abstimmungsurnen an den Kopf. Der elsässische Abgeordnete **Schuhmacher** forderte **Herriot** auf, zu erklären, was er mit den in seiner Rede gebrauchten Worten „Christentum der Bankiers" haben sagen wollen. Sie seien eine Beleidigung für den größten Teil des französischen Volkes. Herriot erwidert, er habe damit sagen wollen, daß die Kardinäle sich in ihrem Manifest an alle Berufsklassen, u. a. auch an die führenden Männer der Bankwelt wandten. Er könne es nicht dulden, daß der Katholizismus die Finanz anrufe. Er habe nichts gesagt, was die Katholiken verletzen könne. Herriot sprach u. a. auch von dem Laienschutz, dessen Verteidigung ihm obliege. Die Ausführungen Herriots wurden auf der Linken mit großem Beifall aufgenommen.

Das Urteil im Weimarer Ebertprozeß. In dem Weimarer Meineidsprozeß gegen 4 ehemalige Mitglieder des zur Zeit [illegible] r Tagung der Nationalversammlung aufgestellten Aufge- [illegible] bots der Weimarer Sicherheitswehr, **beantragt der Staatsanwalt** gegen zwei der Angeklagten Freisprechung und gegen die beiden anderen je 6 Monate Gefängnis wegen fahrlässigen Falscheides. Das **Urteil** lautet auf **Freisprechung sämtlicher Angeklagten.** In der Urteilsbegründung, in der die **untadelhafte Haltung Eberts** hervorgehoben wird, wird ausgeführt, daß nach eingehender Prüfung der Sachlage sich nichts ergeben habe, daß der erforderliche Nachweis des fahrlässigen Falscheids vorliege, erbracht sei.

Kurze Nachrichten

Das neue Ermächtigungsgesetz. Dem Reichstag ist das von der Reichsregierung angekündigte Ermächtigungsgesetz zugegangen. Es bringt eine Ergänzung der Reichsverfassung, indem es einen **Artikel 77 a** einschaltet, wonach die Reichsregierung Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen kann. Diese Verordnungen sind alsbald dem Reichstage vorzulegen. Auf sein Verlangen sind sie außer Kraft zu setzen.

Neue Verhandlungen über die 26proz. Abgabe. „Daily Telegraph" berichtet, daß jetzt wieder Verhandlungen zwischen dem englischen und dem deutschen Finanzministerium und dem Generalagenten für Reparationszahlungen über die 26prozentige Reparationsabgabe und die **Methode der Erhebung** stattfinden. Man habe eine **neue Formel** gefunden und **hoffe,** mit ihr endlich die Schwierigkeiten überbrückt zu haben.

Der Barmat-Untersuchungsausschuß des Reichstages vertagte sich bis nach Ostern. Er tritt erst am 15. April wieder zusammen.

[illegible] konzerte

[illegible] " umgetaufte VIII. **Sin-** [illegible] **erorchesters** stand am mu- [illegible] ten zwar keine so moderne [illegible] Poem in einem früheren [illegible] ese aus älteren Werken zu- [illegible] i örtliche Novitäten. S. Rach- [illegible] zu Böcklins „Toteninsel" ist [illegible] usik, sondern mehr die Schöp- [illegible] n musikalischen Weltbürger [illegible] wieder mit stiller Sehnsucht [illegible] ft seiner Heimat zurück- [illegible] recht grauer Farbe gehal- [illegible] eines starken Willens zur [illegible] Ungleicht tiefer schürfte der [illegible] in dem nie versiegenden [illegible] man müßte freilich einmal [illegible] p" auf sich einwirken lassen, [illegible] nen, doch spürbar ist solche [illegible] den „Bildern einer Ausstel- [illegible] stücken, die eigentlich gar keine [illegible] mehr hinterlassene Vorlagen zu [illegible] en. Der Franzose Ravel hat be- [illegible] en Liebesdienst auch für die genialen Ein- [illegible] mitiven geleistet. Wie schön muß in glitzern- [illegible] rumentation etwa das Ballett der Küchlein in ihren [illegible] schalen klingen, wie pompös erst „das große Tor von Kiew"! Auch der beste Flügel und der hervorragendste Pianist vermögen dagegen nur schwächliche Abbilder zu gestalten. Daß überdies die Instrumentation eine der großen Tugenden der sog. Petersburger Schule war, das bewies Rimsky-Korsakows „Scheherazade", ein orginales Orchesterwerk, wie ich nach der Lektüre von dessen Memoiren nochmals bestimmt versichern kann, und ein orgineller Ausflug ins Morgenwunderland, den man gerne per aures mitmacht. Während der Reise orientieren die Zwiegespräche zwischen Sultan und Sultanin über Zweck und Ziel des raffinierten Unternehmens, bei dem jeder Hörer, aber auch jeder Mitspieler (so denke ich wenigstens) ganz auf seine Kosten kommt. — Solist des Abends war **Prof. Paul Weingarten-Wien,** als bedeutender Künstler hier nicht unbekannt und dennoch mit der Interpretation von Tschaikowskys Klavierkonzert in B-moll seine früheren Leistungen weit in den Schatten stellend. Wie würde man sein Können im heutigen Rußland feiern, wo dies jetzt in deutschen Konzertsälen gar zu oft gespielte Werk mehr und mehr in Vergessenheit gerät und wo russische Musiker deutsche Gastdirigenten — so erzählt wenigstens H. Abendroth — bitten müssen, mit ihnen nach anstrengenden Proben doch noch russische Musik zu spielen, damit Stil und Tradition der Nationalmusik im eigenen Land sich nicht ganz verwässern und verloren gehen. Das ist ein trauriges Kapitel, an das man bei der Besprechung dieses russischen Abends auch erinnern muß; aber es ist deshalb auch doppelt erfreulich konstatieren zu können, daß das musikalische Deutschland auf diesem Gebiet eine Mission erfüllt und den Generalkatalog der russischen Musikliteratur in treuem Gewahrsam hält, um ihn vielleicht in bessern Tagen unsern östlichen Nachbarn unversehrt zurückzugeben. Staatskapellmeister **Alfred Lorentz** leitete den genußreichen und mit starkem Beifall aufgenommenen Abend mit sicherem Verständnis.

Aus der überreichen Reihe der übrigen Konzerte sei zunächst ein Klavier-Abend von **Josef Schelb** herausgegriffen, der mir erstmals Gelegenheit bot, in künstlerische Fühlung zu diesem, seit einigen Monaten am Landeskonservatorium tätigen Pianisten zu treten. Der Eindruck war stark, insofern die Gesamtleistung auf vortrefflichem Niveau stand und einen echten Musiker und fast fertigen Klavieristen erkennen ließ. Das „fast" bezieht sich auf einige noch anfechtbare Unklarheiten in der Figuration und in etlichen Oktavenläufen vor allem bei Cesar Francks „Präludium, Choral und Fuge". Auch das Brahmsspiel verträgt wohl noch größere Überlegenheit und mehr technische, sowie musikalische Klarheit, wie sie schon im „Intermezzo" erreicht schien. Mit den unausgeglichenen Extremen im Allegretto und Presto agitato der Beethoven-Sonate (op. 27 Nr. 2) konnte ich mich ebenfalls nicht ganz abfinden; der Mittelsatz erschien in zu langsamem Tempo und der Schlußsatz überhastet. Feingeistiges Musikgefühl offenbarte dagegen der Pianist als Bachspieler. Es gab achtungsvollen Beifall.

Unter den drei Liederabenden verdiente das Konzert **Maria Pos-Carloforti** die stärkste Beachtung, es wies leider den schwächsten Besuch auf, obwohl sich die Hamburger Sängerin schon im vorigen Herbst sehr vorteilhaft hier eingeführt hatte. Liederabende scheinen überhaupt nicht viel Gegenliebe bei unserm Publikum zu finden. Das ist recht bedauerlich, denn solche, aus innerster Bedürftigkeit und mit ernsthaftem Können gebotene Abende bereiten großen Genuß und führen zu seelischer Befreiung und Bereicherung. Der Liederabend dieser Künstlerin lieferte dafür ein geradezu vorbildliches Beispiel. Ob sie nun mit italienischen und deutschen Arien — teilweise im Orginaltext, der Muttersprache der vielfältigsten Schattierungen — experimentierte oder Liedgruppen von Wolf, Mahler und Brahms sang, es war immer ein prachtvolles, aus dem Erleben heraus gezeugtes Gestalten, ein großes Crescendo und zartestes Decrescendo einer offensichtlich italienisch geschulten Stimmen, die im Piano und im Forte stets voll und doch immer biegsam bleibt, ohne je hart zu werden. Frau Pos-Carloforti muß eine ausgezeichnete Oratoriensängerin sein, bietet aber auch Überraschungen im graziösen und naturhaften Liedgesang, und der Schmelz ihres tragfähigen Soprans zeigt sich ebenso der lyrischen Versonnenheit und gedanklichen Schwermut Mahlers gewachsen. Ein fabelhafter, müheloser Ausgleich der Lagen begünstigt diese merkwürdig vielseitige Betätigung. Ihr freudiges Musizieren wurde von **Dr. H. Reinhard Poppen** (Heidelberg) in trefflicher Weise unterstützt. Das Publikum wurde so zur Begeisterung hingerissen, daß auf das umfangreiche Programm noch mehrere Zugaben folgen mußten. — Auch den Schubert-Abend, den **Johannes Willy** (Frankfurt) zusammen mit **Georg Mantel** veranstaltete, bucht man als angenehmes Erlebnis. Die „Winterreise" steht in gefährlicher Nähe der Andachtskunst, und solche erschöpfend zu bringen verlangt einen reifen Menschen und eine starke Kunst. Man konnte mit der Darstellung des Sängers zufrieden sein, es gab erschütternde Momente und kraftvolle Steigerungen. Für feinere Schattierungen erscheint allerdings sein Bariton ungeeignet, manche musikalische Kontraste wußte er künstlerisch nicht so überzeugend auszumutzen, daß eine leichte Ermüdung infolge der gleichförmigen Darstellung ganz vermieden worden wäre. Immerhin würde man dem Sänger und seinem von der Natur gegebenen prächtigen Organ gerne wieder begegnen. Georg Mantel waltete seines schwierigen Amts am Flügel als bewährter Begleiter. — Zu einem nur relativ günstigen Ergebnis kam mein Vertreter bei der Beurteilung des Tenors von **Adolf Waiblinger,** der unter der Begleitung seines Lehrers (Musikdirektor **Hoffmann**) einen Arien-Abend gab. Man lobte mir die schöne Höhe, fand aber den Tonansatz in der Mittellage zeitweise flach und die Tiefe noch nicht ausreichend. Die Stimme verträgt demnach noch breitere Klangfärbung und stärkere Ausgeglichenheit und ebenso der Vortrag mehr Gestaltungskraft und rhythmische Präzision. Dem fraglos vorhandenen Material nach sei es jedoch nicht ausgeschlossen, daß der junge Sänger durch weiteres eifriges Studium sich diese beträchtlichen Qualitäten erwirbt. Das Publikum zeigte sich mehr aus Höflichkeit denn aus wirklicher Ergriffenheit für die Darbietungen erkenntlich.

Am Rande des Konzertberichtes ist es wohl erlaubt, nochmals ganz kurz die **Musikalischen Komödien** im Künstlerhaus zu erwähnen, die auch bei den beiden öffentlichen Aufführungen durch ihren sonnigen Humor viel Freude erweckten. Es waren heitere Abende mit wirklicher Heiterkeit, die Dr. **Fischer,** der geistige Urheber und Leiter des Unternehmens, seinen Zuhörern spendete. Von den früher schon genannten solistischen Kräften wurden u. a. zur Aufführung gebracht und herzlich belacht: „Die Wahrsagerin" (mit Musik von Gluck), „Seine Schwester" (Offenbach), „Die zerrissene Hose" (Fischers eigene musikalische Erfindung) und „Die Weinprobe" (Marschner). Man muß dem Verein bildender Künstler wiederholt für das Arrangement dieser lustigen und erquicklichen Gastspiele danken.

H. Sch.

Badischer Teil

Badischer Landtag

DZ. **Karlsruhe**, 20. März 1925.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung gibt Präsident Dr. **Baumgartner** den Eingang eines **volksparteilichen Antrages** bekannt, wonach Wohnungen mit über 2000 M. Friedensmiete von der Zwangswirtschaft befreit werden sollen. Ferner liegt eine förmliche **Anfrage der Kommunisten** wegen des Verbots der „Mannheimer Arbeiterzeitung" vor.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichet Abg. Dr. **Glockner** (Dem.) über den

1. Nachtrag zum Staatsvoranschlag 1924/25.

Es handelt sich um die Veränderungen, die sich aus der Aufhebung des Arbeitsministeriums ergeben haben. Eingespart werden 23 von 46 Stellen, also 50 Proz. Zahlenmäßig macht dies allerdings nur die Summe von 130 805 M. aus. Nach kurzen Bemerkungen der Abg. D. **Mayer-Karlsruhe** (Dntl.), **Seubert** (Ztr.), **Weber** (D.Vpt.) und **Hofheinz** (Dem.) zur Frage des Abbaues der Mittelschuldirektoren wird dem Nachtra **zugestimmt.** —

Abg. **Rüger** (Ztr.) berichtet ausführlich über den Gesetzentwurf betr.

Die Grunderwerbs- und Zuwachssteuer.

Er will den Gemeinden eine zweifelsfreie Rechtsgrundlage zur Erhebung einer Grundstückszuwachssteuer geben.

Abg. Dr. **Glockner** hält es im Interesse der Rechtsprechung für praktisch, die Vorlage zur Klärung gewisser Fragen nochmals an den Ausschuß zurückzuverweisen.

Der **Berichterstatter** tritt diesem Wunsche entgegen unter Hinweis auf die Dringlichkeit des Gesetzes. Finanzminister Dr. **Köhler** macht darauf aufmerksam, daß die zuständigen Referenten in den nächsten Wochen durch die Beratung der Steuergesetze und den Finanzausgleich im Reichsrat in Anspruch genommen seien. Abg. Dr. **Glockner** (Dem.) ist der Ansicht, daß durch Übernahme des Wortlauts des Finanzausgleichsgesetzes Unsicherhit in den Grunstdücksverkehr getragen wird.

Das Haus beschließt dann mit 28 gegen 27 Stimmen **die Zurückverweisung** an den Ausschuß.

Landwirtschaftliche Anträge

Ein Antrag **Gebhardt** (Landbund) findet nach einem kurzen Bericht des Abg. **Weißhaupt** (Ztr). in folgender Fassung einstimmige Annahme: Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung nachdrücklichst darauf hinzuwirken, daß sie alsbald die erforderlichen Mittel zur Errichtung und Unterhaltung eines **Reichs-Tabakforschungsinstituts** in Baden zur Verfügung stellt.

Ein weiterer **Antrag** des Landbundes betrifft die Gewährung eines **Kredits von 300 000 M.** an die **Landwirtschaftskammer** zur Saatgutbeschaffung. Die Regierung hat im Ausschuß erklärt, daß die Erhöhung der für landw. Kredite vorgesehenen Gesamtsumme von **10 Millionen Mark** nicht tragbar sei.

Der Berichterstatter Dr. **Föhr** (Ztr.) stellt deshalb den Antrag, den für die **Lagerhauszentrale Tauberbischofsheim** bereits bewilligten Kredit um 300 000 M. zu **kürzen** und der **Landwirtschaftskammer zu übertragen.** Der **Ausschuß** kam zu dieser Stellungnahme, weil er sich überzeugte, daß der der Lagerhauszentrale Tauberbischofsheim bewilligte Kredit im Verhältnis ihrer Mitgliederzahl zu der Mitgliederzahl des Bad. Bauern- und des Bad. Landwirtschaftlichen Vereins zu groß gewesen sei, 500 M. pro Mitglied gegen 15 bezw. 80 M.

Abg. **Hertle** (Landbund) begründet einen Antrag auf **Erhöhung des Gesamtkredits auf 1,3 Millionen.**

Abg. **Rüger** (Ztr.) ist dagegen und stimmt dem Ausschußantrag zu.

Abg. **Gäßler** (Komm.) verweigert der Landwirtschaftskammer überhaupt jegliche Mittel, da sie „reaktionär" zusammengesetzt sei.

Abg. **Rückert** (Soz.) erklärt sich für den Ausschußbeschluß. Die Interessenten müßten sich verständigen.

Innenminister **Remmele** erklärt, die Regierung habe sich in bezug auf die Kreditgewährung an die Landwirtschafskammer keinen Vorwurf zu machen. Man könne in der Bewilligung von Krediten nicht höher gehen. Schon hätten sich der Landwirtschaftliche Verein und der Giroverband mit ähnlichen Anträgen gemeldet. Es scheine fast, daß es sich in diesen Dingen mehr um Prestigefrage als um eine sachliche Notwendigkeit handle.

Es sprechen noch die Abg. **Weber** (D.Vpt.), Dr. **Glockner** (Dem.), **Hertle** (Ldbd.), **Fischer-Meißenheim** (Ldbd.) und D. **Mayer-Karlsruhe** (Dntl.), der betonte, daß man sich den Bedenken des Ministers nicht verschließen dürfe. Kredite seien immer ein zweischneidiges Schwert. Der **Antrag des Haushaltsausschusses** wird mit 27 gegen 24 Stimmen des Zentrum und eines Landbündlers **angenommen.** Zwei Abgeordnete enthalten sich der Stimme. Der diese Änderung berücksichtigende **Initiativgesetzentwurf betr. die Bürgschaften des Landes Baden** für Darlehen an landw. Organisationen, wird mit dem gleichen Stimmenverhältnis in beiden Lesungen **angenommen.**

Ohne Aussprache findet ein Antrag Annahme, im Benehmen mit der Reichspostverwaltung zu prüfen, ob und inwieweit für die abseits von jeder Bahnlinie gelegenen Orte des **Rieds** (Mittelbaden) eine **Personenautoverbindung** eingerichtet werden kann.

Soziale Angelegenheiten

Zur Erörterung steht weiterhin die Frage des Weiterbetriebes des **Erholungsheimes Annaberg** in Baden-Baden, das dem Reichsfiskus gehört. Das Haus tritt **einstimmig** dem Antrag des Ausschusses bei, die Reichsregierung sei um Bereitstellung der Mittel zu ersuchen, damit den **Kriegsbeschädigten** auch künftig die Wohltat eines Erholungsaufenthalts auf Annaberg zuteil werden kann. Zur Behandlung kommen dann die sozialdemokratischen Anträge wegen Gewährung der **Arbeitslosenunterstützung** an **abgebaute** nicht krankenversicherungspflichtige **Angestellte** und Ausdehnung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 auf alle dem **Angestelltenversicherungsgesetz** unterliegenden Angestellten. Das Haus beschließt in Anlehnung an die Stellungnahme des Ausschusses, daß im Sinne der Anträge auf die **Reichsregierung** einzuwirken sei. Ohne Aussprache macht sich der Landtag einen von allen Parteien unterzeichneten Antrag zu eigen, des Inhalts:

1. Unverzüglich eine großzügige Propaganda zur **Hebung des Milchverbrauchs** im Interesse der Volksgesundheit und einer guten, ungestörten Milchversorgung in die Wege zu leiten,

2. den Einfluß der Behörden, Schulen, staatlichen Betriebe und der Presse in den Dienst der Sache zu stellen.

Schulfragen

Einmütig wird nach einem ausführlichen Bericht des Abg. **Rückert** (Soz.) auch folgender Entschließung zugestimmt:

1. Die Regierung wird ersucht, den **Gesuchen der Gemeinden Mosbach, Singen und Rastatt** auf weitere Ausgestaltung ihrer **Realanstalten** unter der Voraussetzung der Übernahme der gesamten dadurch entstehenden Mehrkosten Rechnung zu tragen;

2. die Gesuche der **Gemeinden Achern, Buchen, Eppingen, Ettlingen, Lahr und Säckingen** werden der Regierung unter denselben Voraussetzungen empfehlend überwiesen.

Ein Gesuch der Gemeinde **Herbolzheim** wegen Errichtung einer Gewerbeschule wird gleichfalls empfehlend überwiesen.

Nach Erledigung einer Reihe von **Eingaben** persönlicher Natur vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung voraussichtlich am Dienstag, den 31. März. Schluß ¾8 Uhr.

Eingegangen ist ein Antrag auf verbesserte Aufrückungsmöglichkeiten für sämtliche mittleren Beamten.

Der Hagenschießprozeß

DZ. **Karlsruhe**, 20. März.

Bei der weiteren Behandlung des Anklagepunktes wegen **Preisüberforderung Honnefs** bei der Lieferung von Transmissionen bemerkt der Sachverständige **Gehorsam**, daß hinsichtlich des Kostenanschlags ins Blinde hinein gearbeitet worden sei. **Honnef** wehrt sich gegen diese Auffassung. — Der Angeklagte soll ferner für Türdrücker aus Ersatzware, die der Staatsanwalt als Schund bezeichnete, 7,60 Mark verlangt haben bei einem Einkaufspreis von 4 Mark. Für rund 15 000 Quadratmeter Drathgeflecht erheischte er 176 000 Mark, während sein Einkaufspreis 135 000 Mk. betrug. — **Honnef** sucht die Preisunterschiede aus der Geldentwertung und anderen Umständen zu erklären. Der Montag soll sitzungsfrei bleiben, der Dienstag und Mittwoch durch die **Plaidoyers** ausgefüllt und am nächsten **Samstag** das **Urteil** verkündet werden.

DZ. **Karlsruhe**, 21. März.

Am heutigen **15. Verhandlungstag** steht der letzte Teil der Anklage zur Erörterung. Er richtet sich gegen den Landtagsabgeordneten Kaufmann Lothar **Mager** aus Heidelberg, dem Begünstigung vorgeworfen wird. — Der **Angeklagte** soll einen vertraulichen Bericht des Abg. Duffner über das Hagenschießunternehmen seinem Geschäftsfreund Honnef zugänglich gemacht haben. Er bestreitet, daß irgend ein Beschluß über die Vertraulichkeit des Berichts [illegible]faßt worden sei.

Der **Vorsitzende** verliest d[illegible] Protokolle des Landständigen Ausschusses vom 7., 8. und 9. [illegible]ober 1920. Darin ist die Rede von vertraulicher Behandlung der Hagenschieß-Angelegenheit.

Angeklagter: Das hat sich auf die Erörterung der Ministerverantwortlichkeit und jener des Dreierausschusses bezogen, der die Geschäftsführung des Hagenschieß zu beaufsichtigen hatte. Den Bericht selbst hielt ich nicht für vertraulich. Zur Klärung dieser Frage sollen die Abg. Dr. **Glockner** und Dr. **Mayer-Karlsruhe** gehört werden, die seiner Zeit Mitglied des Landständischen Ausschusses waren.

Der **Vorsitzende** bringt einen Brief des Präsidenten des Landtages vom 14. März 1924 zur Verlesung, in dem bedauert wird, daß Honnef durch Mayer Kenntnis von einem Bericht des Landständischen Ausschusses über das Hagenschieß erhielt und diese Mitteilungen für sich ausnützen konnte. Das stehe nicht im Einklang, mit den ungeschriebenen Pflichten eines Abgeordneten.

Angeklagter **Mager:** Ich habe Honnef nie den Bericht gegegeben, ihm auch keine Mitteilungen gemacht, wohl aber R.-A. Buchegger und gelegentlich auch Honnef gegenüber in dem Sinne: Was mag der Lagenbruder (Schlaraffia) getan haben? Positives gegen Honnef war in dem Bericht nicht zu finden.

Der **Vorsitzende** bringt einen Brief Honnefs an Mager vom 1. Oktober 1920 zur Verlesung, in dem er auf den Bericht des Landständischen Ausschusses hinweist, den er unbedingt haben müsse. Mager möge ihn beschaffen.

Angeklagter: Ich habe den Brief nie beantwortet.

Vorsitzender stellt fest, daß es für Honnef ungeheuer wichtig war, zu erfahren, was andere über ihn wußten, auch wenn keine positiven Tatsachen vorlagen.

Als Zeuge aufgerufen wird sodann Geheimrat Abg. Dr. **Mayer**, der aussagt: Die Vertraulichkeit im Landtag streng durchzuführen, wird kaum möglich sein, da das Gremium zu groß ist. Schon zwei Tage nach jenen Verhandlungen im Ausschuß war das Gerücht über ein von sozialdemokratischer Seite stammendes Geschwätz verbreitet. Ohne Akten zur Hand zu haben, ist es schwer, auf die Sache im einzelnen einzugehen. Von der Untersuchungskommission war die Opposition ausgeschlossen. Der Bericht des Abg. Duffner wurde dem Fraktionsvorsitzenden ausgehändigt. Als ich nun sah, daß es sich um allgemein bekannte Dinge handelt, hatte ich keine Bedenken mehr, den Bericht auch in der Fraktion zu besprechen.

Vorsitzender: Hätten Sie es für erlaubt gehalten, daß von diesem Bericht einem Angeschuldigten Kenntnis gegeben wird?

Zeuge: Damals war man schon so weit, daß nichts mehr dabei zu finden war. Der Bericht enthielt ja auch keine Anschuldigungen gegen Honnef, zudem verlautet, daß Honnef und Abele bereits von ganz anderer, von sozialdemokratischer Seite, informiert worden seien.

R.-A. **Albrecht:** Die Vertraulichkeit war also zur fraglichen Zeit durchbrochen?

Zeuge: Zweifellos. Den Bericht habe ich Mager erst nach Wochen, am 20. Oktober, gegeben.

Darauf wird Ingenieur **Honnef** als **Zeuge** unbeeidigt vernommen. Er ist mit Mager seit dem Krieg von Metz her befreundet. Auf Befragen erklärt Honnef: Ich habe von einer Stelle, die ich nicht mehr nennen kann, zwei kleine Bleistiftsauszüge aus dem Landtagsbericht erhalten, die ich Mager zustellte mit der Bitte, mir den ganzen Bericht zu besorgen, der mich interessierte. Den Bericht habe ich bekommen. Ob aber von Mager, vermag ich nicht zu sagen.

Der **Vorsitzende** hält Honnef seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter vor, dem er zugab, von Mager den Ausschußbericht erhalten zu haben. **Honnef** bleibt dabei, daß er heute außerstande sei, zu sagen, wer ihm den Bericht zuschickte. Es lägen auch andere Möglichkeiten vor.

Angekl. **Mager.** Es ist möglich, daß Honnef durch Dr. Buchegger Kenntnis von dem Bericht erhielt, also auf indirektem Wege. Ich habe Buchegger den Bericht gezeigt Auf eine weitere Frage erklärt **Mager:** Einen Rat im Hagenschieß habe ich Honnef nie erteilt. Er wußte, daß ich ein Gegner der Sozialisierungsbestrebungen war.

Es folgt die Vernehmung des **Präsidenten** und Abg. Dr. **Glockner**, der als Zeuge betont, daß sich die Vertraulichkeit der Verhandlungen auch auf den Bericht bezogen habe. In der Fraktion mußte die Sache allerdings zur Sprache kommen.

Vorsitzender: Hätten Sie es für erlaubt gehalten, daß ein Mitglied Ihrer Fraktion Jemanden, gegen den ein Strafverfahren schwebte, Kenntnis vor dem Bericht gibt?

Zeuge. Nein! Der Bericht ist am 30. September 1920 den Ausschußmitgliedern zugegangen. Ich wäre nie auf den Gedanken gekommen, mit ihm an die Öffentlichkeit zu gehen, und hätte, sofern ein Fraktionsmitglied nach Einsichtnahme in den Bericht derart vorgegangen wäre, darin einen Vertrauensmißbrauch erblickt.

Angekl. **Mager:** Von der Vertraulichkeit des Briefes war mir nichts bekannt.

Mager wie sein Verteidiger halten daran fest, daß die Vertraulichkeit, sofern man diese annehmen wollte, bereit[illegible] brochen war. Schon vor den Ausschußsitzungen se[illegible] tig in der „Mannheimer Volksstimme" erschi[illegible] auf der Kenntnis des Duffnerschen Briefes [illegible]

Zeuge Dr. **Glockner** hält es für unangebr[illegible] geordneter einem Angeschuldigten Mitteil[illegible] nicht ausdrücklich als vertraulich gekennze[illegible]

R.-A. **Albrecht** stellt fest, daß Geheimr[illegible] richt solange für sich behalten hat, bi[illegible] publik waren.

Als weiterer Zeuge erklärt Ober[illegible] **Rausch**, daß bei dem Bericht über [illegible] dingte Vertraulichkeit angenommen [illegible] ihm unfaßbar, daß ein Abgeordnet[illegible] genschaft bekannt gewordene Vor[illegible] tet, die in der Sache Partei sind. [illegible] ten auch ungeschriebene Pflichten.

R.-A. Dr. **Buchegger** bemerkt als [illegible] Auffassung gewesen sei, es hande[illegible] Bericht von 2—3 Seiten. Den in [illegible] Untersuchungsausschusses habe er n[illegible]

Beschädigung von Teleg.

Die Fälle von Beschädigungen der [illegible] der Telegraphenanlagen, bei denen Sch[illegible] in Betracht kommen, mehren sich nach [illegible] postdirektion Karlsruhe neuerdings wieder. [illegible] **des Kultus und Unterrichts** weist in einer [illegible] neut auf diese Fälle hin und weist alle ihm[illegible] rer an, die Schüler in angemessenen Zeiträ[illegible] und zu verwarnen. Dabei soll die Wichtigkeit [illegible] anlagen und die durch deren Beschädigung [illegible] erwachsenden Nachteile klargemacht und he[illegible] den, daß die Täter nicht nur strafrechtlich [illegible] sondern auch selbst, bzw. ihre Eltern und s[illegible] Vertreter für den angerichteten Schaden m[illegible] aufkommen müssen.

Tagung der katholischen Kirchensteu[illegible]

Die am Mittwoch in **Freiburg i. Br.** im Korn[illegible] Leitung von Domkapitular Dr. **Sester** eröffnete Tagung [illegible] katholischen Kirchensteuer-Vertretung genehmigte nach längerer Beratung den **Voranschlag** der Ausgaben und Einnahmen für allgemeine kirchliche Bedürfnisse im badischen Teil der Erzdiözese Freiburg für 1925.

In seiner Eröffnungsansprache konnte Dr. Sester als Vertreter der Staatsregierung Ministerialdirektor Dr. **Schmitt**, als Vertreter des kathol. Oberstiftungsrats Geh. Finanzrat **Schweitzer** und Oberfinanzrat **Stromm** begrüßen. Es wurde mit Genugtuung festgestellt, daß die langgehegte Hoffnung auf **geregelte Finanzverhältnisse** endlich in Erfüllung gegangen sei, da die Stabilität der deutschen Währung die Voraussetzung hierzu geschaffen habe. Im laufenden Rechnungsjahr sei die Erhebung der Steuer auf der Goldmarkgrundlage möglich geworden. Die Eingänge der Steuern seien in den letzten Wochen erheblich besser geworden. Wenn vielfach die Höhe der Steuerforderungen nicht verstanden werde, so übersehe man, daß die Pfründen ihre Kapitalwerte fast restlos verloren haben, und daß die Bezüge der Geistlichen infolge des Sinkens der Kaufkraft des Geldes wesentlich erhöht werden mußten. Die Mittel für die Zulagen der Geistlichen seien aus dem Betriebsvorrat der Kirchensteuerkassen und aus der

---

In der Kritik von Barlachs „Armem Vetter" ist ein Passus enthalten, der wie mir mitgeteilt wird, den Eindruck erwecken könnte, als ob dem Oberregisseur unseres Schauspiels, Herrn **Baumbach**, ein **Vorwurf** aus der Tatsache gemacht werden solle, daß er bei seinen Inszenierungen auch die Aufführungen anderer Bühnen als Vorbilder benutzt. Der betreffende Passus war im Gegenteil als Entschuldigung gedacht und auch so charakterisiert, als eine Entschuldigung, die umso notwendiger ist, als es sich um ein besonders schweres Stück handelte. Grundsätzlich vermag ich jedenfalls darin, daß ein pflichtbewußter Regisseur die Neuaufführungen anderer Theater verfolgt und sie auch als Vorbilder benutzt, nichts Belastendes zu erblicken, zumal ja doch immer die Art und Weise **wie** er sein Vorbild behandelt, entscheidend bleibt, und zumal Baumbach gezeigt hat, daß er auch **ohne** alle Vorbilder Bedeutendes leisten kann.

Prof. Dr. **Karl Holl.**

Eurythmische Kunst. Es ist nicht einfach, diesem Abend hier gerecht zu werden, zumal es sich um Dinge handelte, die wohl den meisten der Schauenden neu waren. Daß trotzdem der Beifall recht stark war, bewies, daß dem Publikum diese „gestaltete Sprache" auch wirklich sichtbar wurde. Besonders war dies bei Fausts Monolog, im Trunkenen Lied aus „Nietzsches Zarathustra" und in Beethovens Adagio und Mozarts Allegro der Fall. Im ganzen waren die Bewegungen auf musikalischer Grundlage bei weitem verständlicher, doch liegt wohl der Grund hierfür in dem übersinnlichen Wesen der Musik, der es ihr ermöglicht, jede unserer Schwingungen begrifflos und in jeder Steigerung auszudrücken, während der Dichtung gerade dies infolge der Sprödigkeit ihres Stoffes — der Sprache — vollkommen unmöglich ist. Rein tänzerisch betrachtet war z. B. die Interpretierung Mozarts verblüffend, da Mozarts zarte Musikalität mit dem modernen Tanz unvereinbar ist. Wenn er trotzdem modern getanzt wird, beweist es nur, welche Unklarheit über diese Dinge heute noch herrscht Bedenklich erscheint es, aus diesen Dingen irgendwelche Gesetze abzuleiten, und dem Rhythmus eines Einzelnen (Rudolf Steiners) als Norm für alle zu propagieren. Denn jeder Mensch hat seine Eigenschwingungen, und so wird er auch seine Sprache in der Bewegung anders gestalten müssen. Eine Äußerlichkeit noch, der jedoch abgeholfen werden könnte; die Gewänder wirkten z. T. fast litschig. Doch alles in allem, der Abend brachte eine wertvolle Anregung, und wir hoffen, daß diese irgendwie auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

B. G.

*

„Faust" in Straßburg. Das Ensemble des Baseler Schauspielhauses brachte, wie der „Voss. Ztg." berichtet wird, im Stadttheater zu **Straßburg** im Elsaß den ersten Teil des **„Faust"** zur Aufführung. Trotzdem von einer obskuren „Liga gegen die deutsche Kultur" zu Demonstrationen gegen die deutsche Vorstellung aufgefordert war, ist die Vorstellung **ohne** jeden Zwischenfall verlaufen. Das einheimische Publikum, das sich durch unreife und fanatisierte Elemente die Freude an dieser Aufführung nicht trüben lassen wollte — seit 1919 haben die Straßburger außer dem „Faust" nur „Don Carlos" als deutsches Stück gesehen — unterdrückte die leisen Versuche der Störung durch energische und nicht mißzuverstehende Warnungen an die chauvinistischen Banausen Die Selbstverständlichkeit, mit der sich die Straßburger zu dem großen Werk der deutschen Kultur bekennen, ist immerhin bemerkenswert und ein Beweis dafür, daß die geistigen Beziehungen des Elsaß zu seinem alten Mutterlande jenseits des Rheins nicht abgeflaut sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

erhöhten Staatsdotation genommen. Bekanntlich habe die Staatsregierung im Dezember 1924 den Staatszuschuß von 350 000 Mark auf das Dreifache erhöht. Der derzeitige Stand der kirchlichen Finanzen sei als befriedigend zu bezeichnen. Trotzdem der neue Kirchensteuervoranschlag die Gehälter der Geistlichen den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt habe, bleiben die Gehaltssätze noch hinter den Gehältern der Pfarrgeistlichen in Preußen, Württemberg und Bayern zurück. Der Abbau der Beamten beim Oberstiftungsrat und in Bauämtern sei wesentlich vorangeschritten.

Zum Vorsitzenden wurde sodann einstimmig Landtagspräsident a. D. Rechtsanwalt Dr. **Kopf** gewählt, zum Vizepräsidenten Dekan **Baumann**.

Aus der Landeshauptstadt

Beerdigung des Geh. Rats Dr. Gustav Lange

Freitag nachmittag fand in der Friedhofkapelle eine Trauerfeier für den verstorbenen Generalsekretär des Bad. Frauenvereins und früheren Direktor des Statistischen Landesamts, **Geh. Oberregierungsrat Dr. Gustav Lange** statt. Anwesend waren u. a.: Minister **Remmele**, Ministerialdirektor **Leers**, Oberbürgermeister Dr. **Finter**, der Landeskommissär und viele andere Staatsbeamte, Deputationen vom Frauenverein, vom Roten Kreuz und von der Sanitätskolonne. Ein Orgelstück und ein Frauenchor leiteten die Trauerfeier ein. Alsdann hielt Stadtpfarrer **Rohde** die Trauerrede, in der er im Anschluß an das Schriftwort im 1. Korintherbrief „Von Gottes Gnade bin ich was ich bin, seine Gnade ist an mir nicht vergeblich gewesen", den Lebenslauf Langes schilderte. Nach dem Gebet und einem weiteren Vortrag des Frauenchors wurden unter Gedenkworten Kränze niedergelegt; im Namen des Großherzogs, von Präsident Dr. v. Engelberg, von Oberbürgermeister a. D. Siegrist im Namen des Frauenvereins, von Oberrechnungsrat **Rastetter** im Namen des Statistischen Landesamts und von Generalarzt a. D. Mantel für das Rote Kreuz, usw.

Badisches Landestheater

Spielplan für 21. bis 31. März 1925

Im Landestheater:

Samstag, den 21. März. ✱ Th.-Gem. 2501—2700. **Minna von Barnhelm** oder das Soldatenglück. 7—9,30 Uhr. (4,80 M.)

Sonntag, den 22. März. ✱ Th.-Gem. 1. Sond.-Gr. u. 4501 bis 4600. Unter musikalischer Leitung des Kapellmeisters Dr. Heinz Knöll von der Staatsoper in Dresden a. G. a. A.

Montag, den 23. März. Volksb. 7. **Der böse Geist Lumpacivagabundus** oder das liederliche Kleeblatt. 7—10 Uhr. (4,80 M.) Der 4. Rang ist zum Verkauf für das allgemeine Publikum freigegeben.

Dienstag, den 24. März. ✱ D 19. Th.-Gem. 4001—4500. Neueinstud.: **Maurer und Schlosser,** Oper von Auber. 7 bis 9,30 Uhr. (7 M.)

Mittwoch, den 25. März ✱ Volksbühne 7. **Minna von Barnhelm** oder „Das Soldatenglück. 7 bis 9.30 Uhr. (4.80)

Donnerstag, den 26. März. ✱ G 19; Th.-Gem. 5001 bis 5600 **„Maurer und Schlosser".** 7 bis g. 9.30 Uhr. (7.—)

Freitag, den 27. März. ✱ E 19; Th.-Gem. 3401 bis 3700, 4801 bis 5000 **„Wilhelm Tell".** 6.30 bis n. 9.30 Uhr (4.80)

Samstag, den 28. März. ✱ B 20; Th.-Gem. 2701 bis 3000, 6101 bis 62000, 6401 bis 6500 **„Der arme Vetter"** 7 bis 10 Uhr. (4.80)

Sonntag, den 29. März. ✱ A 19; Th.-Gem. 5601 bis 6100 **„Boccaccio"** 7 bis 10 Uhr (8.—)

Montag, den 30. März. ✱ Volksbühne 7 **„Der böse Geist Lumpacivagabundus** oder das liederliche Kleeblatt. 7 bis 10 Uhr (4.80). Der vierte Rang ist zum Verkauf für das allgemeine Publikum freigegeben.

Dienstag, den 31. März. Th.-Gem. II u. III. Sond. Gr. IX. **Sinfoniekonzert des Bad. Landestheater-Orchesters** unter Mitwirkung der **Liederhalle Karlsruhe. Solisten: Kammersängerin Luise Willer-München,** Staatsoper. Leitung: Staatskapellmeister Alfred Lorentz. Werke von Schumann, Bruch, Rieti, Brahms und Liszt. 7.30 bis 9.30 Uhr (4.50)

Im Konzerthaus:

Sonntag, den 22. März. ✱ **Die Schmetterlingsschlacht.** 7 bis gegen 10 Uhr. (3,80 M.)

Sonntag, den 29. März. ✱ Der wahre Jakob. 7 bis n. 9 Uhr (3.80)

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am **Samstag, den 21. März,** nachmittags 3.30 bis 5 Uhr; allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 23. März an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem., jeweils am **Vortag** der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 Uhr).

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	21. März Geld	21. März Brief	20. März Geld	20. März Brief
Amsterdam 100 G.	167.41	167.83	167.56	167.98
Kopenhagen 100 Kr.	76.10	16.30	76.08	76.28
Italien . . 100 L.	17.05	17.09	17.09	17.13
London . . 1 Pfd.	20.053	20.103	20.073	20.093
Newyork . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	21.76	21.82	21.78	21.84
Schweiz . 100 Fr.	80.85	81.05	80.87	81.07
Wien 100 Schilling	59.125	59.265	59.125	59.145
Prag . . 100 Kr.	12.425	12.465	12.43	12.47

Zuteilung überall 100 Prozent

Landesbank für Haus- und Grundbesitz e.G.m.b.H.
Fernruf 5846 — Karlsruhe, Kaiserallee 4 — Postscheckkonto 24300
Kontokorrentverkehr – Darlehen – Hypothekengeldbeschaffung

Konzerthaus
Freitag, den 27. März, abends 8 Uhr
Einziges Gastspiel
MARY WIGMAN
und [illegible] Tanzgruppe (20 Tänzerinnen)
Zum 1. Mal:
Das Tanz-Märchen
Ein Bühnenspiel von **Mary Wigman.**
Das Berliner Tageblatt schrieb über das Tanz-Märchen: „Es darf nicht geduldet werden, daß dieses Gastspiel in Berlin heute abend zum letzten[illegible]stattfindet: nicht dreimal nur soll es gewesen [illegible]dern dreißigmal dreimal soll es noch sein, [illegible] Schönste, Edelste, Vollkommenste ist, [illegible]den letzten Jahren an Tanz erlebt hat."
[illegible].-, 6.-, 5.-, 4.-, 3.-, 2.- zuzügl. Steuer
[illegible]handlung, Kaiser- Ecke Waldstraße
[illegible]ritz Müller

Wer Chauffeur
werd. will evtl. praktisch kostenl. od. gering. Unkosten erh. Informationen durch die Neuesten Auto- un. Chauffeur-Nachrichten, Berlin NW 6. Freiprospekt gegen Rückporto. E.147

Badische Bank
Mannheim — Karlsruhe
D.292
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

[illegible]7. u. 18. April 1925
Süddeutsche [illegible]-Lotterie
[illegible]Gewinn, 2 Prämien [illegible]samtbetrag von ::
[illegible]00 Mk.
[illegible]00 Mk.
[illegible]000 Mk.
[illegible]000 Mk.
[illegible]0 000 Mk.
[illegible]0 000 Mk.
[illegible]00 000 Mk. usw.
[illegible].— 12.— 24.— Mark
[illegible] 1/4 1/2 1/1 Los pro Klasse
[illegible]—, 60.—, 120.— für alle 5 Klassen
[illegible]—, für alle 5 Klassen 240.— Mk.
[illegible]r Lotterie-Einnehmer
[illegible]ard Goldfarb
[illegible]e, Kaiserstraße 131
[illegible] Herrenstraße, im Laden des ::
[illegible]-Mode-Magazins Josef Goldfarb
Postscheckkonto Karlsruhe 19705

Brauereigesellschaft vorm. G. Moninger A.-G. Karlsruhe i. B.

Goldmark-Eröffnungs-Bilanz am 1. Oktob. 1924

Vermögen:

Immobilien		M. 3,277003.—
Maschinen		M. 180000.—
Mobiliar		M. 50000.—
Fastage		M. 10000.—
Fuhrpark		M. 90000.—
Kassa und Bankguthaben		M. 21683.11
Effekten und Beteiligung		391150.63
Debitoren		M. 354475.50
Vorräte		M. 473989.48
		M. 4,848,301.72

Verbindlichkeiten:

Aktienkapital		
a) Stammaktien	M. 3,400,000.—	
b) Vorzugsaktien	M. 5,000.—	M. 3405000.—
Reservefonds		M. 400000.—
Hypotheken		M. 344710.—
Obligationen		
4 %ige Obligationen	M. 26175.—	
4½ %ige Obligationen	M. 48690.—	
Union-Obligationen	M. 18100.—	M. 92965.—
Coupons		M. 503.97
Creditoren		M. 605122.75
		M. 4848301.72

Nachdem der Beschluß der ordentlichen Generalversammlung unserer Gesellschaft vom 14. Februar 1925, nach Einziehung von PM. 3 500 000.— Vorzugsaktien das Stammkapital von
PM. 8 500 000.— auf RM. 3 400 000.—
das Vorzugsaktienkapital von
PM. 500 000.— auf RM. 5 000.—
umzustellen, in das Handelsregister eingetragen ist, fordern wir unsere Aktionäre hierdurch auf, ihre Aktien ohne Gewinnanteilscheinbogen mit zahlenmäßig geordnetem Nummernverzeichnis zwecks Abstempelung des Nennwertes der Stammaktien von
PM. 1 000.— auf RM. 400.—
Nennwertes der Vorzugsaktien von
PM. 1 000.— auf RM. 10.—
bei dem Bankhaus **Veit L. Homburger** in **Karlsruhe,** bei dem Bankhaus **Straus & Co.** in **Karlsruhe,** bei der **Rheinischen Creditbank,** Filiale in **Karlsruhe,** bei der **Süddeutschen Diskontogesellschaft A.-G.,** Filiale in **Karlsruhe,** einzureichen.

Die Einreichung hat vom 25. März 1925 bis zum 15. Mai 1925 zu erfolgen. Die Abstempelung geschieht provisionsfrei, sofern die Aktien während der üblichen Geschäftsstunden eingereicht und wieder in Empfang genommen werden. Findet die Einreichung im Wege des Schriftwechsels statt, so werden die Stellen die übliche Gebühr hierfür in Anrechnung bringen. Die Aushändigung der abgestempelten Aktienmäntel erfolgt gegen Rückgabe der von den Abstempelungsstellen ausgestellten Empfangsbescheinigungen. Zur Prüfung der Legitimation des Vorzeigers der Empfangsbescheinigung sind die Abstempelungsstellen berechtigt, aber nicht verpflichtet.

Karlsruhe, den 20. März 1925.

Der Vorstand.

Besonders angenehmer **Frühjahrs-Aufenthalt** 425 m ü. M.
BADENWEILER
(SÜDL. BAD. SCHWARZWALD)
Thermalbad und klimatischer Kurort
Schnellzugsstation Müllheim — Strecke Frankfurt-Basel
Ab Anfang April **Kurkonzerte — Theater**
Markgrafenbad offen ab 2. März
Ausk. u. Drucks. d. die Kurverw. e. Gen. m. b. H., Abt. 41
Hotel Römerbad Das ganze Jahr offen. Bes.: Gebr. Joner.
Park-Hotel (vorm. Hotel Sommer) Bes.: E. Gloeser.
Schwarzwald-Hotel 75 B., neben Kurhaus Dir. E. Borges.
Kur-Hotel Saupe Altbek. Fam.-Hotel, nächst Kurpark. Bes. A. Saupe.
Hotel-Pension Engler (offen) | **Hotel Waldhaus** (Eröffnung 1. April)
Pensionen: Heinke-Deininger, Eckerlin, Ehrhardt, Laengin, Roseneck, Anna Wenzel
E.94

Stellen-Angebot.

Bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe, Kaiserallee Nr. 8, ist die Stelle eines
Verwaltungsobersekretärs
(Gruppe VII der badischen Gehaltsordnung) zu besetzen. Bei befriedigenden Dienstleistungen kann früheres Einrücken in Gruppe VIII in Aussicht gestellt werden. E.194

Jüngere Beamte des gehobenen mittleren Verwaltungsdienstes, welche die Revisions- oder Ergänzungsprüfung abgelegt haben und womöglich schon auf dem Gebiete der Sozialversicherung tätig waren, wollen ihre Bewerbungen unter Beifügung eines Lebenslaufs alsbald bei uns einreichen.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden.

Metallbetten D.171
Stahlmatr., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Detektiv Institut -u. Privat-Auskunftei **„Argus"** Mannheim O. 6. 6. Planken B.47 Fernspr. 3305 A. Maier & Co., G.m.b.H.

Hausdiener,
28 Jahre, firm im Umgang mit seriösem Publikum, sucht Stellung sofort oder später. E.178
H. Piekarski, Nürnberg, Seuffertstraße 10.

Bürgerl. Rechtspflege

a. 6treitige Gerichtsbarkeit.

A.143.2.1 **Wolfach. Reinhard Holzer,** Schmied in Oberwolfach, hat beantragt, den verschollenen Bruder seines verstorbenen Vaters Johannes Holzer, nämlich den am 19. Mai 1831 zu Oberwolfach geb. Schmied **Jakob Holzer,** zuletzt in Oberwolfach wohnhaft, welcher anfangs der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts nach Galizien ausgewandert sei und seit mehr als 30 Jahren keinerlei Nachricht mehr gegeben habe, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Mittwoch, den 30. September 1925, vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht in Wolfach, Zimmer Nr. 4, anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Wolfach, 14. März 1925.

Amtsgericht.

Badisches Landestheater
Sonntag, den 22. März 1925
Th.-Gem. I. Sondergruppe und 4501—4600
Carmen
Oper in 4 Akten von H. Meilhac und Halevy
Musik von Georges Bizet
Musikal. Leitung: Dr. H. Knöll v. d. Staatsoper Dresden a. G.
In Szene ges. von H. Bussard
Personen:

Carmen	Hoffmann-Brewer
Don José	Balve
Escamillo	Heuser
Micaela	Siechert
Zuniga	Lander
Morales	Loichinger
Dancairo	Kalnbach
Remendado	Peters
Frasquita	Zöbisch
Mercedes	Wenzel
Lillas Pastia	Kleinbub

Anfang 6 Uhr Ende ¼10 Uhr
Preise: Sperrsitz I. Abt. 8.— M.

Im Konzerthaus:
Neueinstudiert:
Die Schmetterlingsschlacht
Komödie in 4 Akten von Hermann Sudermann. In Szene gesetzt von O. Kienscherf.
Personen:

Hergentheim	Frauendorfer
Else	Clement
Laura	Murhammer
Rosi	Nassé
Wilhelm Vogel	Groß
Winkelmann	Gemmecke
Max	Kreuzinger
Richard Keßler	Kloeble
Dr. Kosinsky	Brand

Anfg. 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr
Preise: Parkett I. Abt. 3.80 Mk.

Bei der **Malerkundschaft Nordbadens** eingeführter
Hauptvertreter
zum Vertrieb ihrer „Wischschablonen mit Entwurfsbeilagen" gegen hohe Provision von rhein. Schablonenfabrik gesucht. Offerten unter E. 195 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erb.

Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.

Die Maul- und Klauenseuche in Hohenwettersbach ist erloschen. Diese Gemeinde bleibt Beobachtungsgebiet zum Seuchenort Grünwettersbach. A.157

Karlsruhe, den 19. März 1925. O.Z.36

Bezirksamt Abt. IIb.

Druck G. Braun, Karlsruhe.